

Wochentlich 55 Pf., monatlich 3,50 M. im voraus zahlbar. Postbezugs 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbesetzgebühren. Auslandsabonnent 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Hoff und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Frauenstimme“, „Lohn“, „Bild in die Bühnenwelt“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtblätter“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kampfbroschüre 60 Pfennig. „Kampfbroschüre 4.— Reichsmarkt. „Kleine Ausgaben“ das ständige Wort 25 Pfennig. In jeder Ausgabe zwei illustrierte Beilagen, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellungen des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienangelegenheiten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro Lindenstraße 3, wochentags von 8 1/2 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. P. O. u. Disk.-Gef., Postfach 1000 Lindenstr. 3.

# Braun antwortet Hindenburg.

## Der Reichspräsident ins Unrecht gesetzt.

Die Antwort des preussischen Ministerpräsidenten Braun auf das Schreiben des Reichspräsidenten zugunsten des Stahlhelms lautet:

Hochverehrter Herr Reichspräsident! Aus Ihrem Schreiben vom 15. Juli 1930 muß ich zu meinem Bedauern erleben, daß Sie Ihre Teilnahme an den rheinischen Befreiungsfeiern im preussischen Gebiet namentlich von der Wiederzulassung der in den Provinzen Rheinland und Westfalen aufgelösten Gruppen des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten E. B., abhängig machen. Ich empfinde dies um so schmerzlicher, als dadurch ein Mißklang in die Befreiungsfeiern hineinkommen muß, den ich, soweit es an mir liegt, gern vermeiden sehen würde.

Am Ihrem Wunsche, Herr Reichspräsident, auf Wiederzulassung des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen entgegenzukommen, hat der Herr preussische Minister des Innern mit meinem Einverständnis dem Bundesamt des Stahlhelms gegenüber mit Schreiben vom 14. Juli 1930 die Wiederzulassung der in diesen Provinzen aufgelösten Gruppen dieser Vereinigung in Aussicht gestellt. In diesem Schreiben, auf das auch Sie, Herr Reichspräsident, Bezug nehmen, hat der Herr preussische Minister des Innern zum Ausdruck gebracht, daß er gegen eine Neubildung der aufgelösten Gruppen des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen keine Bedenken geltend machen würde, wenn ihm von der Bundesleitung des Stahlhelms verbindende Zusicherungen für eine künftige, den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufende Betätigung gegeben würden. Zu einer solchen Forderung bestand Veranlassung, da an der Ernsthaftigkeit der Versicherungen des Stahlhelms auf Grund seiner bisherigen Haltung berechtigte Zweifel gehegt werden mußten, die nur mit besonderen Zusagen der verantwortlichen Bundesführer beseitigt werden können. Eine Antwort des Stahlhelms auf das Schreiben des Herrn preussischen Ministers des Innern ist jedoch bisher nicht eingegangen.

Ihre Auffassung, Herr Reichspräsident, daß die Auflösung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen dem Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 235) zuwiderlaufe, vermag ich mir nicht zu eigen zu machen. Ich stelle vielmehr fest, daß die geschäftsmäßig zuständigen Stellen Preußens und des Reiches übereinstimmend das Verbot auf Grund einwandfreier und reichhaltiger Tatsachenmaterialien erlassen haben. Es ist mir nicht bekannt, inwieweit Ihnen, Herr Reichspräsident, Material vorgelegen hat, das zu dem in Ihrem Schreiben vom 15. Juli zum Ausdruck gebrachten Urteil führen konnte.

Ich wäre nach wie vor bereit, die Neubildung des Stahlhelms in die in Rede stehenden Gebiete zuzulassen, falls ich die Ernsthaftigkeit der vom Stahlhelm gegebenen Zusicherungen annehmen in der Lage wäre und insoweit die Geschäftsmäßigkeit seines künftigen Verhaltens als gewährleistet betrachten könnte. Dies wäre möglich, wenn der Stahlhelm die von ihm geforderte Erklärung, die lediglich der geltenden Gesetzeslage entspricht, abgäbe und damit von sich aus das Hindernis, das Ihrer Meinung nach Ihrer Teilnahme an den Befreiungsfeiern entgegensteht, aus dem Wege räumt.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, die Bedenken, die sich Ihrer Reise in das Rheinland entgegenstellen haben, noch zu beheben und daß es der Bevölkerung des preussischen Gebietes vergönnt sein wird, doch noch Sie, sehr geehrter Herr Reichspräsident, bei den Befreiungsfeiern begrüßen zu können.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung

Ihr sehr ergebener

Braun.

Der Reichskanzler Brüning hat gestern im Reichstag angekündigt, daß er das abenteuerliche Spiel mit dem Artikel 48 magen will. Zur selben Zeit hat der Reichspräsident die Autorität, auf die das Spiel mit dem Artikel 48 aufgebaut werden soll, selbst ins Wanken gebracht. Seine Ablage an den preussischen Ministerpräsidenten, seine rechtlich wie staatsrechtlich völlig unbegründete Forderung, das Stahlhelmsverbot im Rheinland aufzuheben, wird nun dazu führen, daß die preussische Re-

gierung am Recht festhält und daß der Reichspräsident sich auf der ganzen Linie ins Unrecht versetzt sieht. Die unverantwortlichen Ratgeber des Reichspräsidenten werden das Gegenteil von dem erreichen, was sie wünschten.

Das Spiel dieser Ratgeber war auf eine Sprengung der Preußenkoalition angelegt. Am Montag, dem 14. Juli, hat der preussische Innenminister vom Stahlhelm als Vorbedingung für seine Neubildung im Rheinland eine Erklärung verlangt, daß er sich an die Gesetze halten werde. Am gleichen Tage abends erklärten die Deutschnationalen, sie seien sofort zu einer Unterstützung der Regierung Brüning bereit, wenn die Preußenkoalition gesprengt würde. Am folgenden Tage — noch ehe eine Antwort des Stahlhelms vorliegen konnte — hat der Reichspräsident sein Schreiben an Otto Braun gesandt. Noch ehe Otto Braun sich mit dem Reichspräsidenten in Verbindung setzen konnte, ist das Schreiben veröffentlicht worden. Es ist zur Veröffentlichung gegeben worden, noch ehe es in den Händen von Otto Braun war.

Ton und Inhalt des Briefes wie die Art seiner Veröffentlichung zeigen die Absicht, jede Verständigung unmöglich zu machen. Welcher Intrigant hat dem Reichspräsidenten diesen Brief ausgehändigt, welche unverantwortlichen Ratgeber haben den Gang dieser Intrigue gegen das Preußentabineau bestimmt? Der Gang der Dinge zeigt: der Reichspräsident ist als Werkzeug deutschnationaler Bestrebungen mißbraucht worden.

Die unverantwortlichen Ratgeber wollten eine Regierungskrise in Preußen herbeiführen. Was sie tatsächlich erreicht haben, sieht einer Reichspräsidentenkrise verzwelfelt ähnlich. Die Vorgänge werden voraussichtlich den Reichstag beschäftigen. Die demokratische Reichstagsfraktion bereitet eine Interpellation vor.

Der Vergleich mit dem persönlichen Regiment der Vorkriegszeit drängt sich auf, die Erinnerung an das Daily-Telegraph-Interview ebenfalls.

Die Antwort der Preußenregierung wie die Darlegungen, die Otto Braun vor der Presse über die Vorgeschichte des Briefes gab, setzen den Reichspräsidenten auf das schwerste ins Unrecht. Seine Ratgeber haben sich nicht einmal die Mühe genommen, das Schreiben mit vorausgegangenen unbefreitbaren Tatsachen in Einklang zu bringen!

Diese souveräne Verachtung der Tatsachen ist auch nötig für jene, die den Reichspräsidenten in diese unmögliche Lage hineinmanövriert haben. Denn die Tatsachen sind peinlich.

Der Reichspräsident ist immer noch Ehrenmitglied des Stahlhelms. Er ist es geblieben, nachdem verantwortliche Stahlhelmführer die berüchtigte Haftbotschaft gegen die Verfassung ausgesprochen und billigt. Die Ehre, die er davon hatte, bestand darin, daß er während des Hugenbergischen Volksbegehrens auf das schwerste angegriffen und in seiner nationalen Ehre beschimpft wurde.

Herr Seidte, der sich jetzt wieder des vollsten Vertrauens des Reichspräsidenten erfreut, war Mitglied des Reichsausschusses für das Volksbegehren, er hat den berüchtigten Zuchthausparagrafen gebilligt, der den Reichspräsidenten und seine Minister des Landeserrats bezichtigte. Herr Seidte und Herr Düsterberg haben mit dem Stahlhelm gegen die Befreiung des Rheinlands gekämpft — und der Reichspräsident besohnt sie dafür, indem er um ihrerwillen der befreiten Rheinprovinz seine Anwesenheit versagt.

Der Stahlhelm hat den Satz: das Vaterland über die Partei agitatorisch ausgenutzt — aber der Reichspräsident stellt jetzt ausgerechnet den Stahlhelm über das befreite Gebiet! Das Schreiben des Reichspräsidenten nimmt Bezug auf die Pflicht zur Ueberparteilichkeit — aber es nimmt in

# Und doch Verhandlungen!

## Führungnahme zwischen Zentrum und Sozialdemokratie im Reichstag.

Am Dienstag vormittag wurde dem Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von berufener Seite die Mitteilung gemacht, daß die Absicht bestände, mit ihm am Abend in verbindliche Verhandlungen einzutreten, falls bis dahin der erste Artikel des Steuergesetzes angenommen sein sollte. Es wurde keineswegs von der Sozialdemokratie verlangt, daß sie selber diesem Artikel zustimmen solle, sondern nur darauf hingewiesen, daß ja schon im Ausschuss ihre Enthaltung genügt habe, um die Annahme des Artikels herbeizuführen.

Nach diesem Gespräch vom Vormittag wirkte die Rede des Reichskanzlers Brüning einigermaßen überraschend. Denn aus ihr klang deutlich die Abneigung gegen alles Verhandeln heraus und der Wunsch nach einer raschen Entscheidung auf Biegen oder Brechen. Auch diese Kanzlerrede schloß mit der unerbittlichen Drohung, wenn sich der Reichstag der Regierung versage, werde diese mit anderen Mitteln ihren Willen durchsetzen. Herr Brüning sprach allerdings von „verfassungsmäßigen“ Mitteln, aber jeder verstand, daß damit verfassungswidrige gemeint waren.

Nach der Rede des Reichskanzlers beschloß das Haus auf Vorschlag des Gen. Dittmann, seine Beratungen für eine Sitzung zu unterbrechen. Die sozialdemokratische Fraktion versammelte sich und beschloß, sich bei Artikel 1, wie sie das auch schon im Ausschuss getan, der Stimme zu enthalten.

Die Gründe dafür hat nach Wiedereröffnung der Reichstagsfraktion Gen. Keil in einer kraftvollen Rede, die die Fraktion wiederholt zu stürmischem Beifall hinriß, dargelegt. Die Sozialdemokratie läßt nicht den geringsten Zweifel daran, daß das Gesamtprogramm der Regierung in seiner gegenwärtigen Gestalt für sie unannehmbar ist. Sie will aber kein Mittel unverzucht lassen, um die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien von dem verhängnisvollen Weg, den sie beschritten haben, abzubringen.

Nach einer wenig belangreichen Debatte kam es schließlich zur Abstimmung über den Artikel 1, der ohne Formalitäten bei halbgefülltem Hause von den Regierungsparteien angenommen wurde. Die Sozialdemokraten enthielten sich.

Damit schienen die Voraussetzungen zu verbindlichen Verhandlungen geschaffen. Es kam jedoch zunächst nur zu einer mehr formalen Besprechung zwischen Brüning und Esser auf der einen, und Müller und Breitscheid auf der anderen Seite. (Nach einem Bericht von T. L. handelte es sich um eine Besprechung zwischen Esser, Müller und Breitscheid, der „Reichskanzler Brüning als Gast bewohnte“!) Danach traten die Führer der Regierungsparteien zusammen, um zu überlegen, ob sie der Sozialdemokratie Zugeständnisse, besonders auf sozialpolitischem Gebiet, machen könnten. Ein Ergebnis scheint dabei nicht erzielt worden zu sein, denn die Besprechung endete mit der Aeußerung des Wunsches, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion möge bis heute 12 Uhr mittags mitteln, unter welchen Voraussetzungen sie zur positiven Mitarbeit bereit sein würde.

Wie man sieht, ist man gestern über Vorbesprechungen nicht hinausgekommen, die Verhandlungen kommen nur schwer in Gang. Dennoch begrüßen wir es, wenn die Regierung oder einzelne ihrer Parteien Anstalten treffen, von ihrem sturen Richtverhandlungsstandpunkt abzukommen. Gelänge es der Sozialdemokratie, den zur Beratung stehenden Vorlagen die Giftzähne auszubrechen und den Abruch zum Verfassungsbruch zu verhindern, so würde sie sich damit um die Arbeiterklasse und um das ganze Volk ein großes Verdienst erwerben. Sie wird darum ihre Bemühungen zu diesem Ziel nicht aufgeben, solange noch eine letzte Aussicht auf Erfolg besteht. Wollen aber die bürgerlichen Parteien die Verständigung nicht, so wird die Stellung der Sozialdemokratie in den kommenden Kämpfen noch stärker sein!

schroffer Form Partei für jene Organisation, die gegen die Befreiung des Rheinlands angekämpft hat!

Jene unverantwortlichen Ratgeber, auf deren Einflüsterungen der Reichspräsident gehört hat, haben schon damals einen schroffen Mißklang in die Freude über die Befreiung des Rheinlands gebracht, als sie die Nennung des Namens Stresemann in dem offiziellen Ausruf von Reichsregierung und Reichspräsident sabotierten. Sie haben schon damals den Reichspräsidenten in eine unumgängliche Situation gebracht, sie haben jetzt durch die Entfesselung der Intrigue zugunsten des Stahlhelms dem Ansehen und der Autorität des Reichspräsidenten nach innen und außen eine beträchtliche Schlappe beigebracht, indem sie ihn als Sachwalter der Interessen des Stahlhelms erscheinen lassen, seine Abfrage an Preußen nach vor der Antwort des Stahlhelms als eine Geschäftsführung ohne Auftrag.

Die Reichsregierung läßt erklären, daß sie von diesem Schreiben des Reichspräsidenten überrascht worden sei, der Reichskanzler soll das Schreiben erst aus dem Wolffischen Vericht erfahren haben. Auch er ist in eine schmierige Lage manövriert worden. Kann man wirklich gegen den Willen des Parlaments Steuergesetze verordnen, gestützt auf eine Autorität, die soeben für die Zwecke des Stahlhelms diskreditiert worden ist?

## Die Forderungen des Innenministers.

Der preußische Innenminister Dr. Baentig hat unter dem 14. Juli 1930 an das Bundesamt des Stahlhelms — Bund der Frontsoldaten — in Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

„Der Herr preußische Ministerpräsident hat mir die an ihn gerichtete Eingabe Ihres Herrn 1. Bundesführers Seidte vom 4. Juli 1930, in der die Bitte um Wiederzulassung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen ausgesprochen wird, zuständigkeitshalber überandt. In der dieser Eingabe beigelegten Aufzählung an den Herrn Reichskanzler vom 23. Juni 1930 versichert der Herr 1. Bundesführer, daß der Stahlhelm sich nicht militärisch betätigt, und daß bereits seit Jahren eine Bundesanordnung betreffend Verbot militärischer Übungen bestehe. Dabei vertritt die Bundesführung aber nach vor die Auffassung, daß die Betätigung des Stahlhelms in den beiden westlichen Provinzen, und zwar sowohl die ortsüblich festgestellten Vorbereitungen als auch die Übung am 21. und 22. September 1929 im Raum von Werden — Kupferdreh — Langenberg — und Kettwig — Velsert — Reioles keine nach dem Gesetz vom 22. März 1921 (RGBl. S. 235) und seinen Ausführungsbestimmungen verbotene militärische Betätigung dargestellt habe. Diese Auffassung nimmt Ihren Erklärungen jedes Gewicht. Der Herr 1. Bundesführer Versicherung über die künftige Beachtung der bestehenden Bestimmungen durch den Stahlhelm hängt vielmehr davon ab, daß die vom preußischen Staatsministerium vertretene Auffassung der Versicherung zugrunde gelegt wird.

Ich könnte mich deshalb nur dann entschließen, die Versicherung als geeignete Grundlage für eine Wiederzulassung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen anzusehen, wenn sie diesem Gesichtspunkt Rechnung trägt und mir gegenüber in einer Form erfolgt, die eine stärkere Bindung des Bundes an die Zulassung erkennen läßt.

In der Anlage lasse ich Ihnen eine solche Erklärung zugehen mit dem Anheimsstellen, sie durch die Herren Bundesführer Seidte und Düsterberg eigenhändig vollziehen zu lassen und mir einzureichen. Im Falle der Abgabe der Erklärung bin ich bereit, die Neubildung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen nicht zu beanstanden.“

Die dem Schreiben beigelegte Erklärung hat den folgenden Wortlaut: „Die unterzeichneten beiden Bundesführer des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, geben hiermit namens des von ihnen vertretenen Bundes der preußischen Staatsregierung gegenüber die folgende Erklärung ab:

1. Die Bundesführer des Stahlhelms, Bdt., befreiten nicht mehr, daß die Vorgänge, die zu der Auflösung des Stahlhelms, Bdt., in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen durch Verfügung des preußischen Ministers des Innern vom 8. Oktober 1929 geführt haben, eine nach dem Gesetz vom 22. März 1921 verbotene Befassung mit militärischen Dingen darstellten.

2. Die Bundesführer des Stahlhelms, Bdt., geben hiermit die nachdrückliche Versicherung ab, daß eine den Vorschriften des Gesetzes vom 22. März 1921 zuwiderlaufende Betätigung, namentlich auch die Ausbildung und Übung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen sowie die Veranstaltung solcher oder ähnlicher Übungen, wie sie zu der Auflösung vom 8. Oktober 1929 Anlaß gegeben haben, im Stahlhelm verboten ist. Der Stahlhelm, Bdt., wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß dieses Verbot restlos befolgt wird, und daß Mitglieder, die dem Verbot zuwiderhandeln, ohne weiteres aus dem Bunde ausgeschlossen werden.

3. Die Bundesführer werden dafür Sorge tragen, daß im Falle der Wiederzulassung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen an die Spitze neu zu bildender Bundesverbände und Unterorganisationen nur Personen gestellt werden, die die Gewähr dafür bieten, daß die Anordnungen und Sicherungen der Bundesführung wirklich befolgt werden.“

Amlich wird hierzu mitgeteilt, daß am Abend des 15. Juli ein Antwortschreiben des Stahlhelms an den preußischen Minister des Innern eingegangen ist. Die konziliante Form dieses Schreibens bietet der preußischen Staatsregierung die Möglichkeit, mit dem Stahlhelm in Verhandlungen über die in dem oben wiedergegebenen Schreiben aufgestellten Bedingungen einzutreten.

## Das Urteil in Frankfurt.

Selbstmordstrafen für die Angeklagten.

Frankfurt a. d. O., 15. Juli.

Im Schourgerichtsprozess gegen die vier Fürstenwalder Arbeiter, die am 25. Mai das Mitglied des Stahlhelms Kuebler von Maffow erschossen haben, wurde folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte Behnke erhält wegen Körperverletzung mit Todeserfolg fünf Jahre Gefängnis, Schmattel anderthalb Jahre Gefängnis, Jaehde ein Jahr Gefängnis und Jurech neun Monate Gefängnis. Der Haftbefehl wird aufrechterhalten, sechs Wochen der Unterbringungshaft werden für die Strafverbüßung angerechnet.

Die Zahl der englischen Arbeitslosen ist in der vergangenen Woche wiederum um 42 925 auf 1 933 500 Personen gestiegen. Das sind 789 254 mehr als in der ersten Juliwöche 1929.

# Die Vorgeschichte des Konflikts.

Eine Darlegung des preußischen Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Otto Braun gab gestern der Presse Erklärungen über die Vorgeschichte des Konflikts. Aus seinen Ausführungen ging folgendes hervor:

Die Oberleitung des Stahlhelms war mehrfach darauf hingewiesen worden, daß sie Übungen militärischer Art, die zweifellos gegen die Gesetze verstößen, unterlassen müsse. Sie hat entsprechende Erklärungen abgegeben, aber die Übungen fortgesetzt. Nach der großen Übung bei Langenberg erfolgte das Verbot. Die tatsächlichen Vorgänge und ein reiches dokumentarisches Material, das beim Stahlhelm gefunden wurde,

haben die schlüssigsten Beweise erbracht, daß der Stahlhelm gegen das Gesetz vom 22. März 1921 verstoßen hat.

Bei einer gelegentlichen Unterredung des preußischen Ministerpräsidenten mit dem Reichspräsidenten hat der Reichspräsident erklärt, die Herren Seidte und Düsterberg hätten ihm dargelegt, daß das Verbot auf falschen Voraussetzungen beruhe und hätten ihm befriedigende Erklärungen abgegeben. Der preußische Ministerpräsident hat darauf die Sachlage dargelegt, der Reichspräsident hat ihn, die beiden Führer selbst zu empfangen. Otto Braun erklärte sich dazu bereit, aber die beiden Stahlhelmsführer suchten nicht um einen Empfang nach, sie sind auch auf ein Ersuchen des Reichspräsidenten nicht von diesem Standpunkt abgewichen.

Als die Rheinlandreise des Reichspräsidenten in Sicht kam, tauchten Gerüchte auf, daß der Reichspräsident seine Reise von der Aufhebung des Verbotes abhängig machen wolle.

Diese Gerüchte sind damals vom Büro des Reichspräsidenten energisch demontiert worden.

Der preußische Ministerpräsident hat weiterhin dem Reichskanzler Müller und dem späteren Innenminister Wirth dargelegt, daß der Stahlhelm keine Erklärung abgegeben habe und daß keinerlei neue Tatsachen vorliegen.

Im weiteren Verlauf der Dinge hat der Reichskanzler Brüning dem preußischen Ministerpräsidenten den Wunsch des Reichspräsidenten abermals nahegelegt. Der Stahlhelm hat am 23. Juni an den Reichskanzler ein längeres Schreiben gerichtet, in dem er darauf beharrt, daß der Stahlhelm nicht gegen die Gesetze verstoßen habe. Die Abschrift dieses Schreibens hat der Stahlhelm am 4. Juli dem preußischen Ministerpräsidenten überandt. Das preußische Staatsministerium hat darauf die Sachlage geprüft und sich dahin entschieden, daß dies Schreiben keine Grundlage bietet für eine Aufhebung des Verbotes.

Die preußische Staatsregierung hatte deshalb am 14. Juli an den Stahlhelm ein Schreiben gerichtet, in dem erklärt wurde, daß das Stahlhelmsverbot nur aufgehoben werden könne, wenn der Stahlhelm folgende drei Punkte anerkenne:

1. Der Stahlhelm erkenne die Grundlage des Verbotes in Rheinland und Westfalen als gerechtfertigt an;
2. Der Stahlhelm verpflichte sich, für die Zukunft militärische Übungen zu bestreiten;
3. Der Stahlhelm müsse personelle Garantien dafür übernehmen, daß Zuwiderhandlungen gegen Punkt 2 in Zukunft nicht erfolgen.

Dies Schreiben ist am 14. Juli hinausgegangen. Die Reichsregierung hat eine Abschrift des Schreibens erhalten.

## Deutschlands Antwort an Briand.

Für die Entwicklung Europas.

Die gestern in Paris der französischen Regierung überreichte und dann veröffentlichte Antwort der Reichsregierung auf das französische Memorandum über die „Organisation einer europäischen Bundesordnung“ begrüßt es mit Genugtuung, daß Frankreich das europäische Problem zur Diskussion gestellt hat, erklärt die Bereitwilligkeit, an seiner Lösung mitzuarbeiten, und sieht das Endziel darin „im Geiste der Verständigung eine mutige Reform der einmal als unhaltbar erkannten Verhältnisse ins Auge zu fassen und so eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen“. Die Notlage Europas hat ihre Ursachen in hohem Maße in seiner gegenwärtigen politischen Gestaltung. Die wirtschaftliche Verständigung wird wesentlich zur Verstärkung des Bewußtseins der Solidarität und damit des Gefühls der Sicherheit beitragen. Die Enttäuschungen über die Rückschläge nach der Weltwirtschaftskonferenz dürfen nicht dazu führen, die Bemühungen um die Erleichterung der europäischen Wirtschaft aufzugeben. Der Völkerbund befindet sich mit seinen wichtigsten Aufgaben, die universalen Charakter haben, immer noch im Anfangsstadium — es kommt alles darauf an, ihn in Richtung dieser Aufgaben zu stärken und ihre Lösung vorwärtszutreiben. Aus der grundsätzlichen Übereinstimmung in der Sorge um den Völkerbund, sollte keinesfalls in denjenigen Fragen, die bereits den Gegenstand von Völkerbundsarbeiten gebildet haben, eine Aenderung der organisatorischen Methode vorgenommen werden. Das auf der Zusammenkunft im vorigen Herbst vorgelegte Material wäre zu sichten und zu einer Verhandlungsgrundlage zu gestalten.

Diese, vor ihrer Abendung im Auswärtigen Ausschuh des Reichstages besprochene Antwort der Reichsregierung setzt die Tradition der Verständigungspolitik früherer Regierungen fort. Angesichts der Notwendigkeit,

## Fünf weitere Tote geborgen.

Forsicherung der Bergungsarbeiten in Hausdorf.

Neurode, 15. Juli.

Bis Dienstag 23 Uhr gelang es im Kurzhacht fünf weitere Tote zu bergen.

Die Kommunisten entfalteten im Laufe des Tages eine rege Agitation durch Verteilung von heftigen Flugblättern, womit sie jedoch keinen Erfolg hatten. Ihre verschiedentlichen Versuche Versammlungen abzuhalten, wurden dadurch hinfällig, daß sie keine Säle hierzu erhielten.

Nach bevor über der Stahlhelm-Bundesvorstand dazu Stellung genommen hatte, erhielt der preußische Ministerpräsident den Brief des Reichspräsidenten.

Der Brief ist so prononciert unfreundlich abgefaßt, daß er die Absicht erkennen ließ, jede Verständigung unmöglich zu machen. Er betont, daß die Staatsregierung ungefällig gehandelt habe. Er sagt, daß die Annahme der Einladung von der Voraussetzung der Annahme des Stahlhelmsverbot abhängig gemacht worden sei. Davon könne jedoch keine Rede sein, vielmehr erging zu jener Zeit das bestimmte Dementi gegen die Behauptung der Rechtspresse, daß die Reise an Voraussetzungen geknüpft sei.

Der preußische Ministerpräsident hat demnach versucht, die Angelegenheit in einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten zu klären und zu bereinigen, aber diese Unterredung wurde zwecklos, als er erfahren mußte,

daß der Brief veröffentlicht worden war, ehe er noch in seinen Händen war.

Die preußische Staatsregierung hat danach in einem Antwortschreiben ihr Bedauern über diesen Brief zum Ausdruck gebracht.

Die preußische Staatsregierung hat im übrigen Beweismaterial in Händen, das beweist, daß der Stahlhelm entgegen seinen Versicherungen im Rheinland illegal an der Aufziehung seiner Organisation gearbeitet hat.

Am Abend des 15. Juli traf dann eine Antwort des Stahlhelms auf das Schreiben des preußischen Staatsministeriums ein, dessen Ton sich beträchtlich von dem des Briefes des Reichspräsidenten unterschied.

## Was wird aus den Feiern?

Nach der Absage des Reichspräsidenten sind die Feiern, die anlässlich der Reise des Reichspräsidenten geplant waren, gegenstandslos geworden. Die Staatsregierung wird sich wegen dieser Frage mit den örtlichen Behörden in Verbindung setzen.

## Die Demokraten zum Hindenburg-Brief.

Das Schreiben des Reichspräsidenten von Hindenburg an den preußischen Ministerpräsidenten Braun, in dem der Reichspräsident wegen der Aufrechterhaltung des Verbotes des „Stahlhelms“ in Rheinland und Westfalen seine Zusage zur Teilnahme an der Befreiungsfeier in Koblenz, die Besuche in Trier, Aachen und Wiesbaden absagt, hat in der Fraktionsführung der Deutschen Demokratischen Partei am Dienstagmorgen schweres Befremden hervorgerufen. Reichsminister Dietrich wurde alsbald in die Sitzung berufen und begab sich aus der Sitzung unmittelbar zum Reichskanzler, um ihn um Aufklärung zu ersuchen. Die Fraktion bereitet eine Interpellation vor. Noch während der Wolligung des Reichstages hat der Reichskanzler den demokratischen Parteivorständen Abgeordneten Koch-Beser und den Fraktionsvorständen Abgeordneten Oskar Weyer empfangen.

Ueber das Ergebnis der Unterhaltung, die die demokratischen Abgeordneten Koch-Beser und Weyer-Berlin mit dem Reichskanzler Brüning über den Hindenburg-Brief gehabt haben, erzählt das Bdt.-Büro, daß der Reichskanzler bemüht sein wird, einen vermittelnden Schritt zu unternehmen, um diese Angelegenheit beizulegen.

mit Frankreich auch in Zukunft zur Lösung gemeinrechtlicher Probleme zusammenarbeiten, gibt sie in vorichtigen Worten dem Wunsche nach Reform — Gleichberechtigung, gleicher Sicherheit, friedlichem Ausgleich — Ausdruck. Indem sie die von Frankreich aufgeworfene Frage des Borranges der Politik vor der Wirtschaft aufhängt, bleibt sie gleich weit von den Bestrebungen auf Stabilisierung unerträglicher Verhältnisse wie von den Anbiederungsversuchen des nur im eigenen Interesse Revision verlangenden Faschismus entfernt. Mit besonderer Sorge achtet die deutsche Antwort darauf, daß der Völkerbund nicht angetastet wird und keine Gruppierung geschaffen wird, die als Fortsetzung der Bündnispolitik der früheren Zeit wirken könnte.

Die Antwortnote der Reichsregierung ist ein Beweis dafür, wie unabänderlich die wahren Interessen des deutschen Volkes die Fortführung der bisherigen Friedens- und Völkerbundspolitik erzwingen. Dazu gehört aber nicht, daß die Regierungen „der Wirtschaft“ und dem „freien Spiel der Kräfte“ es überlassen sollen, Europa wirtschaftlich in die Höhe zu bringen. Dieser Lahnwächter aus dem vergangenen Jahrhundert des Manchesterismus macht sich in der Note gerade einer Regierung etwas absonderlich, die sich durch Erhöhung der Zollschranken vor dem Ziel der europäischen Wirtschaftseinheit immer weiter entfernt. Mit vollem Recht wird als Folge der wirtschaftlichen Verständigung hervorgehoben, daß durch sie „das Bewußtsein der Solidarität und das Gefühl der Sicherheit“ entwickelt wird. Gerade deshalb darf es nicht dem Privatkapitalismus überlassen bleiben, die europäische Wirtschafts- und Marktheit zu sabotieren.

## Reichstagsauflösung — in Finnland.

Ausnahmegesetz gefallen. — Neuwahlen im Oktober. Rücktritt der Regierung.

Helsingfors, 15. Juli.

Das Gesetz zum Schutze des Staates wurde heute vom finnischen Reichstag in der dritten Lesung abgelehnt. Daraufhin ist der Reichstag aufgelöst worden und die Neuwahlen sind für den Oktober angelegt. Die Ablehnung des Gesetzes hatte eine Regierungskrise zur Folge. Die Regierungsbildung ist dem Führer der Sozialisten, Tanner, angeboten worden, der jedoch ablehnt. Bis zu den Neuwahlen wird vorläufig die jetzige Regierung Evinhufo die Geschäfte führen.

Artikel 48 im Rundfunk. Im Programm der aktuellen Mitteilung „Vortragsreihe, wonan man spricht“, wird am Donnerstag, dem 17. Juli, 20 Uhr, Reichsjustizminister Dr. Bredt über den Artikel 48 der Reichsverfassung sprechen.

# Volksbefragung! Nicht Verfassungsbruch!

## Die Antwort der Sozialdemokratie auf die Kanzlerrede.

Zur gestrigen Reichstags-Sitzung hatten sich die Mitglieder fast vollständig eingefunden. Die Tribünen für die Zuhörer und die Arbeitsplätze der Pressevertreter waren voll besetzt. Neugierige und Bewerber um Eintrittskarten standen vor dem Gebäude und eilten, wenn sie eine Eintrittskarte erlangt hatten, freudiger Weise zum Tribünenzugang.

### Auflösungsantrag!

Vor Eintritt in die Tagesordnung ersuchte Abg. Drewoh (Wirtschp.), dem Antrag, die Auflösung des Reichstags zu beschließen, zusammen mit den Deckungsunterlagen, also noch in der gleichen Sitzung zu beraten.

Präsident Lobe: Hiergegen wird wohl Einspruch nicht erhoben, wir verfahren demgemäß.

Es folgt der Ausschussbericht über die Anträge betr. die Hilfsaktion für die Opfer der Katastrophe von Neurube. — Berichtserfasser ist Abg. Aufmann (Soz.).

Abg. Jaddach (Komm.) behauptet, daß auf dem Kurri-Schacht die Sicherheitsvorschriften für Gruben, die von Kohlenfäureeindrücken bedroht sind, auf das schwerste verletzt worden seien. Die Einzelheiten zur Bekräftigung dieser Behauptung umfäeidel der Redner mit wilden Angriffen auf die Sozialdemokratie.

### Abg. Limberg (Soz.):

Wenn jemand für die Bergarbeiter und ihre Sicherheit das menschenmögliche getan hat, dann war es meine Partei und der Bergarbeiterverband. (Beifall der Kommunisten, Beifall der Sozialdemokraten. — Mehrere Kommunisten werden wegen schwerer Beschimpfungen des Redners zur Ordnung gerufen.) Seit vierzig Jahren hat der Bergarbeiterverband im Kampf gegen die Sechenherren und die Staatsgewalt sich durchgesetzt. Mehr als einmal hat unser unverwundlicher Otto Hue von dieser Stelle aus an das Gewissen der Öffentlichkeit appelliert. Was an Schutzbestimmungen vorhanden ist, danken die Bergarbeiter ihrer Organisation und unserer Partei.

Wir lehnen es ab, heute schon ein Urteil über die Schindstoge zu fällen.

Wir lehnen es aber auch ab, uns von solchen Leuten belehren zu lassen, die noch nicht einmal ihre Nase in ein Bergwerk gesteckt haben. (Beifall der Kommunisten. — Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aus dem umfangreichen Bericht des Ausschusses zur Untersuchung der Kohlenfäureausbrüche im schlesischen Bergbau, an dem auch die Arbeitervertreter mitgearbeitet haben, geht hervor, daß gegenüber diesen noch neuartigen Erscheinungen alles geschähen ist, was getan werden konnte. Von 1901 bis 1910 hatten die Kohlenfäureausbrüche in Oberschlesien 8,1 Proz. Unfälle zur Folge, von 1911 bis 1920 noch 4,2 Proz. und von 1921 bis 1929 nur 2,2 Proz.

Das spricht dafür, daß die Vorkehrungsmaßnahmen genügt haben.

(Auf von den Kommunisten: Wo hast Du diese Zahlen her?) Aus dem Bericht, den Sie auch studieren sollten, wenn Sie mitreden wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Gefächel der Kommunisten.) Wenn trotzdem ein so fürchterliches Unglück passiert ist, so kann man nicht vor Abschluß der Untersuchung behaupten, daß jemand daran schuld ist. Die Einzelangaben des Redners sind auch unrichtig. Es kommen doch auch in Rußland Bergwerksunfälle vor. Erst vor kurzem mit 27 Toten, dann wieder ein Eisenbahnunglück mit 30 Toten. Worum schreien Sie nicht darüber?

Die allgemeinen Sicherheitsmaßnahmen im deutschen Bergbau und die Mitsicht der Arbeiter daran sehen jedenfalls weit über dem, was in Rußland auf diesem Gebiet vorhanden ist.

Wir werden auch weiter für die Sicherung der Bergleute arbeiten und uns nicht irren lassen durch Ihr Theater. (Beifall der Sozialdemokraten. — Anbauerndes Gefächel der Kommunisten.)

Der Ausschussantrag — Reichsbähe bis zu 1 Million Mark — wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Weingesehes. — Berichtserfasser ist Abg. Kirschmann (Soz.).

Abg. Dr. Diez-Boden (Z.) spricht über Krankheiten des Weinstocks und arbeitsliche Schutzmaßnahmen.

Abg. Bah (Komm.) bezeichnet in einer Erklärung die Rot der Winter als Spezialfall der allgemeinen Rot der Weltwirtschaft und fordert die Wintzer zum Kampf gegen den Kapitalismus auf.

Das Weingesehe wird in zweiter und dritter Lesung mit geringfügigen Veränderungen verabschiedet. — Nunmehr folgen die Deckungsunterlagen. Die Berichtserfasser — darunter Abg. Steinopf (Soz.) — verzichten auf das Wort.

Um 15,45 Uhr beginnt

### Reichskanzler Dr. Brüning

unter allgemeiner Spannung mit seiner Rede.

Angefihts der gesamtpolitischen Lage und der wochenlangen Verhandlungen ist es wohl nicht notwendig, hier noch viele Worte zu machen. Das Volk verlangt eine Entscheidung, aber nicht weitere Reden und Verhandlungen. Ueber dem Volk liegt das dunkle Gefühl der Unsicherheit, das belastend für die Wiederanurtorbung der deutschen Wirtschaft wirkt. Das Volk hat das starke Gefühl (Zuruf von den Kommunisten: „... daß Sie verschwinden müssen!“), daß wir in dieser schwierigen Situation Taten zeigen müssen und nicht reden. Die Forderungen der Regierung, die für die Sanierung besonders der Arbeitslosenversicherung unerlässlich sind, sind nicht überall verstanden worden. Die

völlig neuartige wirtschaftliche Entwicklung mit ihrer Umkehrung der Warenpreise zwingt alle Regierungen von jeder denkbaren Zusammenlegung, die Etatsereinschöpfung außerordentlich gewissenhaft zu betreiben.

Was die Reichsregierung vor Wochen erlöst und ausgesprochen hat, bestätigt sich, daß es sich hier nicht um eine Konjunkturercheinung, sondern um eine dauernde Strukturwandlung der Weltwirtschaft handelt. Die ungeheuren Aufgaben dieser Situation sind noch schmerzlicher zu lösen als die des bisher für Deutschland schwierigsten Jahres 1923. Die besetzte Währung waren fast ausschließlich aus dem Ausland zu beschaffen. Die Regierung darf ihre Pflicht vor der Geschichte und vor dem deutschen Volk, alle notwendigen Maßnahmen durchzuführen, nicht verletzen, sondern sie muß den Mut aufbringen, den Parteien, die die Verantwortung mit tragen, mitzumuten, dem deutschen Volk zur Sicherung der Finanzen neue Opfer aufzuerlegen. Zu schrankenlosem Optimismus ist kein Grund, Dpfer aufzuerlegen. Zu schrankenlosem Pessimismus ist kein Grund, weil Deutschland einen Vorteil gegenüber anderen Ländern hat: ein Land mit einem starken agrarischen Hintergrund und mit einer hauptsächlich auf Bereidungsarbeit beruhenden Industrie zu sein. Sinkende Rohstoffpreise, sinkende Zinsfüße bedeuten also für unser Land nicht den Beginn des Abtriegs, sondern den eines neuen Wiederaufstiegs. Dieser Wiederaufstieg hat zur Voraussetzung, daß die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen auch wirklich durchgeführt werden, insbesondere die Arbeitsbeschaffung und die dafür notwendige Deckung des Defizits.

Ohne Mittel kann kein Dikprogramm, kann keine Sanierung der Arbeitslosenversicherung geschähen werden.

(Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.) Die Entscheidung über die Deckungsunterlagen der Reichsregierung darf unmöglich aufgeschoben werden. Es besteht keine andere Möglichkeit der Deckung, als die von der Regierung vorgeschlagene. (Widerpruch links.) Die Regierungsvorschläge hat der Ausschuss durch Annahme des Artikels I auch grundsätzlich gebilligt. Das bedeutet die Anerkennung der Notwendigkeit, drei Wege einzuschlagen, nämlich den Zuschlag zur Einkommensteuer, die Reichsbähe und die Lebzigensteuer. Der Ausschuss hat damit zugleich die

Unmöglichkeit jeglichen Aufschubs anerkannt, wenn nicht der Fonds zur Tilgung der schwebenden Sünden von 450 Millionen aus der Ley Schacht angegriffen werden soll.

Seider müssen wir während der fürchterlichsten Krise alle Deckungs- und Sanierungsmaßnahmen nachholen, die in den letzten Jahren nicht rechtzeitig erlerbt worden sind. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.)

Wenn das Parlament diese seine Aufgabe nicht erfüllt, ist es auch nicht möglich, im Herbst die großen, wiederholt angekündigten Reformmaßnahmen durchzuführen. Jetzt machen wir nach einem Wort des Bizekanzlers nur Aufräumungsarbeit. Es geht nicht an, daß das Reich für die Einnahmen der Länder und Gemeinden verantwortlich ist, aber keinen Einfluß auf die Ausgaben hat. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.) Wir müssen ein Finanzsystem schaffen, bei dem Länder und Gemeinden zugleich für Ausgaben und Einnahmen verantwortlich sind. Nur so kann man Sparsamkeit erzielen und darauf verzichten, einschneidende Eingriffe in die Einzelinteressen der Länder und Gemeinden vorzunehmen, was wahrscheinlich auch an verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten scheitern würde.

Im Rahmen des Finanzprogramms muß ein finanziell auf mehrere Jahre gesichertes Bauprogramm zur weitgehenden Biderung der Wohnungsnot und zum

### Umbau der Wohnungswirtschaft

geschaffen werden. Das läßt sich nicht in einem Jahre oder in wenigen Monaten erledigen. Ich will hier nicht Versprechungen machen, die nicht sofort eingelöst werden können.

Wir müssen vermeiden, daß wir jedes Jahr mit wechselnden Koalitionen und wechselnden Stimmungen arbeiten müssen, und durchziehen, daß eine Politik auf lange Sicht nach einheitlichem Plan

gefächel herankert wird. Das ist das Ziel der Regierung für den Herbst. Die Reichsregierung ist der Ueberzeugung, daß das hohe Haus sich dieser Verantwortung trotz aller Schwierigkeiten bewußt sein wird.

Eine große Stunde für den Deutschen Reichstag ist gekommen.

(Särende Zurufe bei den Komm.) Bringt der Reichstag nach der Hoffnung der Reichsregierung das notwendige Maß von Verantwortung auf, dann hat er zur Sicherung des Parlamentarismus und der Demokratie mehr getan, als in früheren Jahren.

Demokratie und Parlament werden gesichert auch durch den Mut zur Verantwortung unpopulärer Maßnahmen

(Wo-Rufe bei den Komm.), als durch Gesehe. Sollte es nicht möglich sein, den Reichstag zu dieser Geschlossenheit seiner Aktionen zu bringen, so wird die Reichsregierung denn im Interesse der Demokratie von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen, die zur Deckung des Defizits notwendig sind. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Effer (Z.) zur Geschäftsordnung: Wir beantragen, um eine sofortige Entscheidung herbeizuführen, nicht die gesamte Debatte gleich zu führen, sondern nur den Artikel I zur Beratung und Abstimmung zu stellen, wozu eine Redezeit von einer Viertelstunde ausreichend ist. (Rufe links: Unerhör!)

### Abg. Dittmann (Soz.):

Der Vorschlag des Abg. Effer ist so außergewöhnlich und will eine derartige Abweichung von dem gewöhnlichen Beratungsverfahren, daß wir den Antrag stellen, das Haus auf eine Stunde zu vertagen, um meiner Fraktion Gelegenheit zur Stellungnahme zum Antrag Effer zu geben.

Abg. Torgler (Komm.) verlangt anderthalb Stunden Redezeit. (Heiterkeit.)

Der Beratungsantrag wird mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten angenommen.

Nach Wiederöffnung der Sitzung wird der Antrag Effer angenommen, die Redezeit aber auf eine halbe Stunde festgesetzt.

# Die Antwort der Sozialdemokratie

### Abg. Reil (Soz.):

Die Rede des Kanzlers hat keinen Zweifel gelassen, daß wir von der Regierung Brüning in eine Lage hineingemauert worden sind, die bedrohlich ist, wenn der Reichstag es gestattet, auf dem bisherigen Wege weiterzugehen. Große Volkstreife, als deren Vertreter wir uns ansehen, stehen der Regierung mit dem größten Mißtrauen gegenüber. Andere, die beim Antritt der Regierung Brüning ihr zugehören in der Hoffnung, daß endlich die starke Regierung gekommen sei, sind heute bitter enttäuscht.

Die Regierung befindet sich in einer Sackgasse und findet das Zurück nicht.

Es ist ihr nicht gelungen, für ihre Deckungsanträge im Ausschuss eine Mehrheit zu erhalten, auch nicht für den Artikel I. Nun rechnet sie auf die Deuschmannoten, und wie es damit steht, wird sich ja bald zeigen.

Eine Oppositionspartei, die sich in dieser hoch-ernsten Situation ihrer Verantwortung nicht bewußt wäre, die könnte über das Schicksal Brüning Schadenfreude empfinden. In der sozialdemokratischen Fraktion findet ein solches Gefühl keinen Raum. Dazu ist die Lage des Staates und der Wirtschaft viel zu ernst. (Anbauernde lärmende Hohnrufe der Komm.) Die Sozialdemokratie ist sich ihrer Verantwortung für Staat und Wirtschaft stets bewußt gewesen, ob sie Regierungs- oder Oppositionspartei war.

Trotz aller Brüstigungen, die der sozialdemokratischen Partei zuzell geworden sind, hat sie nie Opposition um jeden Preis getrieben und niemals sich der Politik des „Alles oder nichts“ verschrieben. Unsere Fraktion ist sich bewußt, daß Millionen in den Strudel der Wirtschaftskrise hineingeriffene oder um ihre Existenz gebrachten Menschen ihre ganze Hoffnung auf die Sozialdemokratie richten (lärmendes Gefächel der Komm.). Menschen, die sich vollkommen im Flaren sind, daß ihr Los mit dem des demokratischen Staates und seiner Finanzen auf das allernächste verknüpft ist.

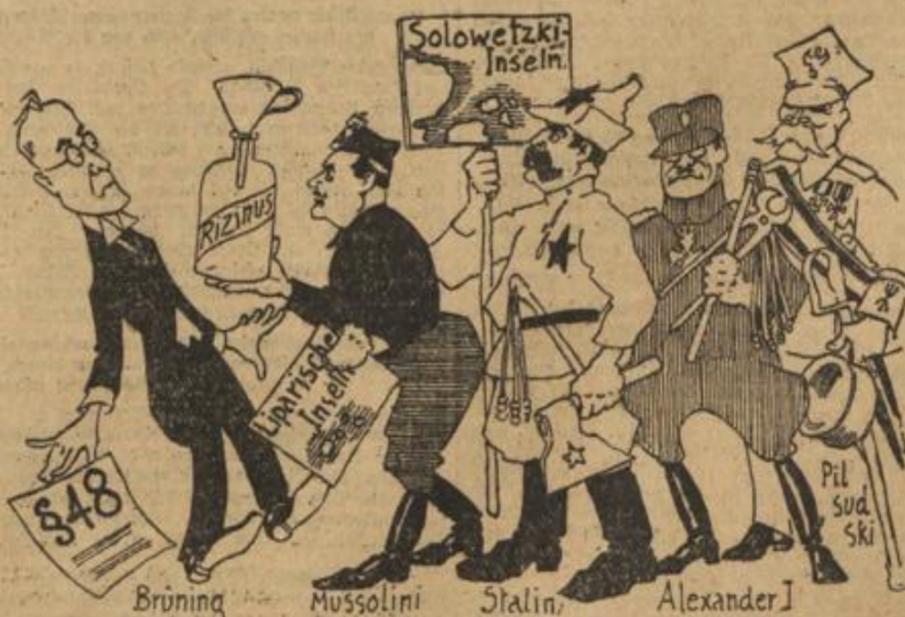
Die Sozialdemokratie hat deshalb mit der Kritik an der Finanz- und Wirtschaftspolitik des Kabinetts Brüning, die sie zu über- genötigt war, sorgfältig erwogene positive Vorschläge gemacht, die zur Lösung des Problems geeignet waren oder mindestens dazu beitragen konnten. Das ist zuerst noch in der ersten Lesung dieser Vorlagen durch unseren Sprecher Dr. Herz geschähen. Unsere Vorschläge erkennen die Dringlichkeit einer Sanierung der Reichsfinanzen unbedingt an. Die Regierungsvorschläge aber sind, auf die Dauer gesehen, unzulänglich. Wir fordern rüchfichalste Spar-samkeit (Gefächel rechts), aber wir fordern sie dort, wo sie

ohne Verletzung der Verpflichtungen des Reiches gegenüber den unskuldigen Opfern der platonischen kapitalistischen Wirtschaft

möglich ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine Sparpolitik, die das große Heer jener Menschen, die gegen ihren Willen aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen oder in diesem Prozeß krank gemorden oder verstümmelt worden sind, dem Hungertod preisgeben würde, macht die Sozialdemokratie nicht mit. Unter Wahrung dieser Gesichtspunkte sind Ersparnisse im Reichshaushalt in viel größerem Ausmaß möglich, als die Regierung vorschlägt. Es ist die verfassungsmäßige Pflicht des Reichstags, den Reichshaushalt in Ordnung zu halten und daher auch die möglichen Ersparnisse selbst zu beschließen; täte er das nicht, so würde er eine seiner Hauptaufgaben verletzen und gegen Sinn, Geist und Wortlaut der Verfassung verstoßen. (Beifall der Sozialdemokraten.) Wir werden unsere Sparvorschläge wiederholen, die auch den Bedürfnissen der Wirtschaft in höherem Grade gerecht werden als die Vorschläge der Regierung und der Regierungsparteien, nämlich dem Erfordernis, die Kaufkraft der Massen zu schonen und zu stärken.

Da wir aber wissen, daß auch mit den von uns vorgeschlagenen Abstrichen allein noch nicht die Deckung zu erreichen ist, schlagen wir steuerliche Maßnahmen vor, die der Gerechtigkeit entsprechen. Wir haben den 10prozentigen Steuerzuschlag auf die tragfähigen Einkommen vorgeschlagen. Die Einwände dagegen sind nicht wirtschaftlicher, sondern parteipolitischer und egoistischer Art. Die Regierung selbst schlägt einen 5prozentigen Zuschlag vor. Der Unter-

## Brünings Traum.



Die Besucher: „Wir bieten unsere praktischen Erfahrungen für Einrichtung einer Diktatur an.“

schied zwischen 5 und 10 Proz. Zuschlag beträgt bei 100 000 M. Einkommen etwa 1500 M.

Niemand wird behaupten wollen, daß diese Belastung für das Wirtschaftsleben schwerere Folgen hätte als die Mehrbelastung 200 bis 300 armer Leute mit der vorgeschlagenen Kopfsteuer, die etwa ebensoviel bringt. Selbst die schärfsten Vertreter großkapitalistischer Interessen werden nicht leugnen können, daß der zunächst nur für ein Jahr vorgesehene Zuschlag von einem Millonär nicht leichter gezahlt werden könnte als die Kopfsteuer von den Neu- oder Bergarbeitern.

(Lebhafte Zustimmung der Soz.)

Zur Reichshilfe der Beamten verlangen wir eine einschränkende Umschreibung des Angestelltenbegriffs. Die Reichshilfe soll mit dazu dienen, die in Erwerbslosigkeit Geratenen über Wasser zu halten; es wäre sinnwidrig und unsozial, Personen die morgen selbst erwerbslos sein können, heute in die Reichshilfe einzubeziehen. Die Freigrenze muß höher sein als bei dem kümmerlichen Jahreseinkommen von 2000 M. Ganz unerträglich wäre es, die Reichshilfe nach dem Einkommen statt nach der Lohnsteuer zu bemessen, denn sonst würde der progressive Charakter der Einkommensteuer bei diesem Zuschlag in einen regressiven verandelt werden. Endlich darf auch nicht an den Aufsichtsratsbezügen vorübergegangen werden; diese müßten ebenfalls in der Vorkriegszeit steuerlich erfaßt werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die schwersten Bedenken hegen wir gegen die Ledigensteuer.

Die in unser ganzes Reichsteuersystem nicht hineinpaßt. In der vorliegenden Gestalt würden Personen, die unter Umständen viel höhere Familienpflichten haben als Verheiratete, von der Steuer getroffen, während die Verheirateten von ihr freibleiben würden. Selber haben im Steuerausschuß unsere Vorschläge nicht eine so sorgfältige Prüfung erfahren, wie wir erwarten konnten, wir werden sie daher im Plenum wiederholen.

Die Kopfsteuer ist die roheste und unsozialste Steuer, die sich erfinden läßt. Sie ist auch ein Verwaltungsproblem, und der Reichsfinanzminister hat erst vor wenigen Tagen die stärksten Bedenken dagegen erhoben. Zwingt man jeden ohne Unterschied, diese Steuer zu entrichten, so müßte man ihm logischerweise auch ein gewisses Mindesteinkommen garantieren. (Sehr gut! links.)

Das Allerbedenklichste an der Regierungsvorlage ist die

Verknüpfung der Deckungsvorschläge mit rückwirkenden Angriffen auf die sozialpolitischen Einrichtungen.

Wenn wir bereit sind, an einer Deckung mitzuwirken, die unseren Forderungen Rechnung trägt, so soll sie die sozialen Einrichtungen sichern, nicht aber sie abbauen.

Die politische Hauptfrage ist, wie die Regierung ihre Vorlage durchbringen will. Der Reichsanwalt hat die Annahme des Artikels I im Ausschuß erwähnt, ihr aber eine Deutung gegeben, die zum schärfsten Widerspruch herausfordert. Die Annahme ist im Ausschuß nicht mit der Mehrheit des Ausschusses, sondern mit der Mehrheit der Abstimmenden, und die größte Fraktion hat sich der Stimme enthalten, nicht wegen des materiellen Inhalts, sondern weil es sich um die formale Grundfrage handelte, und weil wir die Gelegenheit haben wollten, unsere materielle Stellung nach dem Schicksal unserer Verbesserungsanträge einzurichten, auch war ja noch eine zweite Lesung vorzusehen. Es ist feststehender Gebrauch, daß die endgültige Haltung zu einem Gesetz erst bei der Schlußabstimmung eingenommen wird, und es ist höchst illegal, den Parteien wegen ihres Verhaltens zu einzelnen Paragraphen oder Gesetzen andere Motive zu unterstellen, als durch ihre eigene Erklärung gegeben sind.

Nun hat der Reichsanwalt an die Rechte appelliert. Er wird dort nicht die erwünschte Geneigtheit finden. Aber vielleicht geschieht noch ein Wunder. Vielleicht erhebt sich Herr Hugenberg wieder mit einer so hellaren, prinzipienfesten und konsequenten Rede, wie im April. (Heiterkeit.) Wenn das aber nicht geschieht, so will der Reichsanwalt „alle verfassungsmäßigen Mittel“ anwenden. Er hat nicht klar gesagt, was er damit meint. Ein verfassungsmäßiges Mittel wäre der Rücktritt der Regierung, ein anderes die Auflösung des Reichstags.

Sollte der Reichsanwalt aber den Artikel 48 gemeint haben, so erheben wir noch einmal laut unsere warnende Stimme. Der Artikel 48 ist nach seiner Entstehungsgeschichte — und es sind noch genug Mitglieder des Weimarer Verfassungsausschusses unter uns, die das bezeugen können — kein Instrument zur Rettung einer Regierung, die sich verrechnet hat.

Der Artikel 48 kann unmöglich zur Durchsetzung von Gesetzen angewendet werden, die der Reichstag nicht genehmigen will. Eine solche Anwendung des Artikels 48 wäre ein Mißbrauch, und das würde heißen, die Verfassung außer Kraft zu setzen. Das aber wäre ein Vabanquespield, von dem niemand sagen kann, wo und wie es endet. Dieser Mißbrauch wäre um so verantwortlicher, als die Möglichkeiten einer parlamentarischen Entscheidung dieses Gesetzgebungswerkes nicht erschöpft sind. (Abg. Rufe äußert links und rechts.) Ich werde ganz offen darüber reden. Wir Sozialdemokraten haben wahrlich keinen Grund, uns der jetzigen Regierung anzuhängen, und die Situation ist auch nicht danach angetan, daß sie uns verlocken könnte, in die Regierung einzutreten. Aber bei dieser ersten Lage sind zimperliche Erwägungen der Taktik nicht am Platze. Auf die Gefahr hin, daß meine Äußerungen falsch gedeutet werden.

Stelle ich fest, daß die starken Kräfte der großen Partei, die hier sitzt (auf die Sozialdemokraten weisend), zur Lösung der Schwierigkeiten nützlich zu machen noch nicht versucht worden ist.

(Abg. Rufe äußert links und rechts. — Bewegung und Lärm.) Der völksparteiliche Führer Dr. Scholz hat erklärt, daß auf die Dauer nicht ohne die Sozialdemokratie regiert werden kann. Reichsminister Dr. Wirth hat oft und oft den staatspolitischen Gewinn gepriesen, die große Arbeiterbewegung in die staatspolitischen Kräfte einbezogen zu haben. Soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, bedarf es einer solchen Einbeziehung nicht erst.

Die Sozialdemokratie hat das Deutsche Reich aus der tiefsten Not gerettet (Gelächter äußert links und rechts, stürmischer Beifall und lebhaftes Händeklatschen der Sozialdemokraten. Andauernde Anruhe), sie hat das neue Staatsgefüge aufgebaut, auf dem allein das Deutsche Reich noch lebensfähig war. Die Sozialdemokratie ist seitdem die stärkste Stütze dieses Staates gewesen.

Wenn die Sozialdemokratie jetzt nicht an der Leitung des Reiches beteiligt ist, so hat das seinen Grund (andauernde Geschrei der Kommunisten, Abg. Rufe äußert links und rechts, Bewegung und Lärm.) Präsident Lohé kündigt den Kommunisten, die den Redner andauernd niederzuschreien, Ausweisung aus dem Saal an) in dem tiefen Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeiterklasse und Unternehmern. Dieser Gegensatz läßt sich nicht aus der Welt schaffen. (Sehr wahr! rechts.) Wenn aber die bürgerlichen Parteien den schwersten wirtschaftlichen und politischen Konflikten vorbeugen, wenn sie die ruhige politische und wirtschaftliche Weiterentwicklung des deutschen Staates und Wirtschaftslebens sichern wollen, dann werden sie sich entschließen müssen, der Arbeiterklasse die Konzessionen zu machen, die unserer Zeit entsprechen, und die die Arbeiterklasse beanspruchen muß.

Wenn es sich als unmöglich erweist, dieses Gesetzwerk durchzuführen, so erweist sich daraus nicht die Anwendung des Artikels 48, sondern in erster Linie der Rücktritt der Regierung. Kommt dann eine neue Regierung nicht zustande oder gelingt auch ihr nicht die Lösung der schwebenden Probleme, dann hat noch

# Neue Gefahr für Macdonald.

## Konservative und Liberale wollen an der Anglo-Indienkonferenz teilnehmen — aber als Mehrheit!

London, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Wieder einmal bedrohen die bürgerlichen Parteien den Bestand der Arbeiterregierung.

Konservative und Liberale verlangen proportionell ihrer parlamentarischen Stärke Sitz und Stimme in der von der Regierung für die kommende anglo-indische Konferenz zu ernennenden englischen Delegation. Würde die Arbeiterregierung diesem Ansuchen stattgeben, so besäßen Konservative und Liberale die Mehrheit in der britischen Delegation. Die Arbeiterpartei wäre in die Minderheit gedrängt, so daß das Kabinett Macdonald der Möglichkeit beraubt würde, seinen Willen und seine Politik während der Konferenz vertreten zu lassen. Die Arbeiterregierung hat sich bisher geweigert, dem Ansuchen der bürgerlichen Parteien zu entsprechen. Die Konservativen beschließen nunmehr, ihr Ziel im Unterhaus durchzusetzen. Sie haben einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht, mit dem sie zugleich eine bisher von der Regierung abgelehnte Indiensabende erzwingen wollen. Die Frage der englischen Delegation auf der anglo-indischen Konferenz berührt jedoch so stark die Grundlagen der Politik der Arbeiterregierung, daß diese sich selbst ausgehen würde, wenn sie das Verlangen der beiden bürgerlichen Parteien erfüllen wollte.

In parlamentarischen Kreisen wird der Ausgang des neuen Konfliktes zwischen der Arbeiterregierung und der bürgerlichen

Majorität des Parlamentes stark erörtert. Er kann unter Umständen zu einem Sturz der Regierung führen.

### Die Lords sabotieren die Regierungsarbeit.

London, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Das Oberhaus hat am Dienstagvormittag der Labour-Regierung seine Feindseligkeit in der schärfsten Weise bekundet. Zum dritten Mal wurde das Bergbaugesetz mit 168 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Damit ist die Arbeiterregierung um den Erfolg einer ihrer wichtigsten Arbeiten gebracht. Zweimal hatten die Lords das Gesetz dem Unterhaus zurückgeschickt. Dreimal fand sich im Unterhaus eine Mehrheit, die sich nicht fügte. Die dritte Ablehnung im Oberhaus macht die Rechtskraft des Gesetzes einstweilen unmöglich. In den nächsten Jahren kann es nicht mehr beraten werden.

Das Ergebnis der Oberhausabstimmung zeigt, daß die Arbeiterregierung in den Lords ihren unversöhnlichsten Feind besitzt. Die Erbitterung über die Haltung des Oberhauses ist in den Reihen der Arbeiterpartei groß. Ihre Mitglieder betonen, daß der nächste Wahlkampf nicht nur unter der Parole ausgetragen werden müsse, wie das Oberhaus zu reformieren, sondern wie es zu töten sei. Dieses Oberhaus würde selbst eine Unterhausmehrheit der Arbeiterpartei illusorisch machen.

## Blutbad in Alexandrien.

Polizei schießt: 14 Tote, 250 Verwundete.

Alexandrien, 15. Juli.

Hier ist es zu blutigen Straßenkämpfen gekommen. Tausende von Menschen beteiligten sich an einer großen Sympathie Kundgebung für den Führer der Unabhängigkeitspartei und früheren Ministerpräsidenten Nahas Pascha. Die Menge nahm eine drohende Haltung gegen die zum Schutze der Ordnung ausgebotene Polizei an, die schließlich auf die Manifestanten das Feuer eröffnete. Es entstand eine wilde Panik.

Zahlreiche Tote und Verletzte blieben auf dem Platze. Nach amtlichen Mitteilungen wurden 14 Personen, darunter acht Europäer getötet, und 250 verwundet. Die Anzahl der Schwerverletzten ist groß. Unter den acht Europäern befindet sich auch ein Italiener. Die Börse von Alexandrien und zahlreiche Geschäfte waren geschlossen.

## Ministerpräsidentenwahl in Sachsen.

Ergebnisloser Wahlverlauf.

Dresden, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Die am Dienstag im Sächsischen Landtag vorgenommene Ministerpräsidentenwahl verlief ergebnislos. Die Abstimmung ergab 45 Stimmen der Rechtsparteien für den früheren deutschnationalen Wirtschaftsminister Krug von Nidda und 32 Stimmen für den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Lipinski. Die Demokraten wählten den Reichstagsabgeordneten Kütz, die beiden völkernationalen Abgeordneten stimmten für den gegenwärtigen sächsischen Innenminister Richter. Eine Stimme aus dem Lager der Rechtsparteien wurde für den völkernationalen Abgeordneten Laße abgegeben.

Vor der Wahl ließ die sozialdemokratische Fraktion durch den Abg. Böchel eine Erklärung abgeben, in der es heißt, daß die Deutsche Volkspartei die Nationalsozialisten im Wahlkampf be-

kämpft und insbesondere der völksparteiliche Reichstagsabgeordnete Schneider die Hitlerianer als gewissenlose Hege bezehmet habe, mit denen es keine Gemeinschaft und keine Zusammenarbeit gebe. Jetzt aber wolle die Deutsche Volkspartei gemeinsam mit den Nationalsozialisten eine Regierung bilden. Die Nationalsozialisten hätten sich in der Wahlbewegung als Gegner des Kapitalismus aufgepielt. Jetzt wollten sie eine Regierung bilden, die nur eine kapitalistische sein könne.

## Regierungsniederlage in Bayern.

Regierung will verordnen.

München, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Der Bayerische Landtag lehnte am Dienstag in namentlicher Abstimmung die Regierungsvorlage über die Schlachtsteuer mit 67 gegen 38 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

Was nun folgt, ist noch völlig ungewiß. Da die Regierung keine Mehrheit mehr hinter sich hat, will die Kumpfkalition die Schlachtsteuer offenbar unter mißbräuchlicher Anwendung des Ruhe- und Ordnungsparagrafen (§ 64) in Kraft setzen. Das dürfte aber in kürzester Frist zu heftigen Auseinandersetzungen und neuen Entschädigungen im Landtag führen. Am Ende des Konfliktes kann nur der Rücktritt der Regierung und die Auflösung des Landtages stehen. Da aber auf Grund einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes für Bayern erst noch ein neues Wahlgesetz zu schaffen ist, wird sich die Lösung der Krise wohl noch bis in den Herbst hinziehen.

## Revision im Schweidniger Prozeß.

Dresden, 15. Juli.

Am Schweidniger Nationalsozialistenprozeß ist gegen das Urteil der Breslauer Großen Strafkammer vom 5. d. M. sowohl von den verurteilten Angeklagten, als auch von der Staatsanwaltschaft Revision eingeleitet worden.

der Reichsoberfassung das deutsche Volk das Wort. (Sehr wahr! links.) Nun, wohlan,

wir sind bereit, dem deutschen Volk unsere Anschauungen und Vorschläge vorzutragen, frei und offen und ohne Bemäntelung. Sind die anderen Parteien dazu auch bereit, so kann das deutsche Volk seine Entscheidung fällen. Wir werden dieser Volksentscheidung nicht ausweichen, denn wir haben sie nicht zu fürchten.

(Lebhafte langanhaltender Beifall und Händeklatschen der Sozialdemokraten. Andauernde große Anruhe.)

Abg. Dr. Obersohnen (Dnat.): Die Situation hat sich seit der ersten Lesung nicht geändert. Die deutschnationalen Fraktion steht nach wie vor auf dem Standpunkt ihrer ablehnenden Erklärung von damals. (Zuruf links: Zu wieviel Prozent.)

Abg. Dr. Föhr (Z.): In dieser ersten Stunde unterstützen wir die Regierung mit einem freudigen Ja. (Heiterkeit links.) Niemand wird den Mut haben, das Einverständnis der Regierung zur Last zu legen, das als Folge der furchtbaren Wirtschaftskrise schon den Sturz der Regierung Müller verurteilt hat.

Grundätzlich werden die Regierungsvorschläge von der Mehrheit des Hauses gebilligt, auch von der Sozialdemokratie.

Wenn keine Mehrheit zustande kommt, so aus politischen, und nicht aus sachlichen Gründen. Die Opposition hat den Regierungsparteien Uneinigkeit vorgeworfen und Abg. Herz hat eine starke Regierung verlangt. Jetzt, wo die Regierung stark ist und eine enge Koalition hinter sich hat, ist die Opposition in der Lage, zu unseren Beschlüssen Stellung zu nehmen. Auf unsere Initiative hin sind Härten bei den neuen Steuern gemildert worden. Die Bürgerabgabe ist zur Sanierung der Gemeindefinanzen nicht ausreichend und muß gestaffelt werden. Das Rotopfer ist keine Sondersteuer, denn Opfer werden auch von der Arbeiterschaft und der Landwirtschaft verlangt. (Ironische Zurufe links.) Wir wenden uns gegen jede Verunglimpfung der Beamtenschaft und appellieren zugleich an ihre Verantwortungsbewußtheit.

Die Deutschnationalen propagieren wieder einmal die Volksgemeinschaft; glauben sie ihr damit zu dienen, daß sie den Arbeitslosen die Existenzmittel nehmen?

Die finanzielle Sanierung und Erhaltung der Arbeitslosenversicherung ist unmöglich, wenn die Sozialdemokratie ihren Willen den anderen Parteien aufzwingen will. (Widerpruch links.)

Abg. Dr. Neubauer (Komm.): Das Regierungsprogramm ist rein sozialistisch und umfaßt viel mehr als die heute vorgebrachten Deckungsvorlagen. Die Sozialdemokratie macht der Regierung Liebeserklärungen, um wieder in die Koalition aufgenommen zu werden.

Abg. Dr. Scholz (DVP.) gibt eine Erklärung ab, die trotz starker Bedenken die Zustimmung zu den Regierungsvorschlägen ausdrückt. Die Erhöhung der Einkommensteuer, die Reduktion der Einnahmen zu steigern, anstatt die Ausgaben zu senken, werden scharf verurteilt. In den Gemeinden muß das finanzielle Verantwortungsbewußtheit wieder erwachen. Wir stellen mit Befriedi-

gung fest, daß die von uns verlangte Verbesserung der Vorlage zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung vorgenommen werden soll.

Die ernsthaften Reformversuche in der Sozialversicherung erkennen wir an.

Wir stellen unsere Bedenken gegenüber den Deckungsvorlagen zurück, weil sie befristet sind und vom Reichsanwalt als Teil eines von uns gebilligten Gesamtprogramms bezeichnet wurden.

Abg. Kollath (Wirtschp.) gibt eine Erklärung in gleichem Sinne ab. Die Wirtschaftspartei hat ihr seit Jahren verfolgtes Ziel, Ersparnisse durchzusetzen, zum großen Teil erreicht. (Abg. Lorater: Es hat sich bloß noch nicht herumgesprochen!) — Allgemeine Heiterkeit.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) verlangt Ersparnisse in Verwaltung und öffentlichen Betrieben.

Nur die Einsparung von 100 Millionen ermöglicht uns die Zustimmung zu den Deckungsvorlagen, gegen die unsere Bedenken fortbestehen.

Eine Ergänzung der Regierungsvorschläge durch Sanierung der Gemeindefinanzen ist dringend notwendig.

Abg. Leicht (Bauer. Sp.): Die Reichshilfe ist eine verbesserte Form des alten Rotopfers. Sie stellt uns aber noch nicht ganz zufrieden, ebensowenig wie die Bürgerabgabe. Trotzdem stimmen wir den Deckungsvorlagen zu.

Abg. v. Lindener-Wildau (Chr. nat. Arbeitsgemeinschaft) verliest eine Erklärung, die den Regierungsvorschlägen zustimmt, aber weitere Ersparnisse verlangt.

Abg. Döbrich (Chr. nat. Bauernp.) gibt eine Erklärung im gleichen Sinne ab, die besonders noch die unbedingte Annahme der Pflichte und die Verpflichtung des Reichsanwaltes auf sein Versprechen zur Vorlage eines Finanzreformprogramms im Herbst fordert.

Die Debatte ist geschlossen. (Rufe der Kommunisten: Wo bleiben die Nazis? Gegenrufe von diesen: Wir stimmen dafür.) In der Abstimmung wird

Art. I des Deckungsprogramms bei Stimmeneinstellung der Sozialdemokraten gegen Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Ein Antrag des Abg. v. Lindener-Wildau, heute den Einspruch des Reichsrats gegen die Fernamnestie zu erledigen, wird von einer Mehrheit der Rechten, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Kommunisten angenommen.

Um 19 Uhr verläßt sich das Haus auf heute 15 Uhr zur Weiterberatung der Deckungsvorlagen.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Rinnach; Gewerkschaftsbewegung: Otto Schindler; Redaktion: R. S. Böcher; Volles und Sonstiges: Fritz Rastbach; Anzeigen: Ed. Hofstet; Vertrieb in Berlin: Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Seite 2 Beilage.

## Unschuldslämmer mit dem Hakenkreuz

### Die ersten Geständnisse werden frech bestritten

Staatsanwaltschaftsrat Stehning hatte gestern recht, als er erklärte, die Angeklagten, die einander in der Voruntersuchung schwer belastet haben, hatten sich nach ihrer Entlassung verabredet, alles, was sie früher zugegeben haben, zu leugnen. Den Anfang damit machte der Angeklagte Wieje. Es bedurfte des Amtstages des Staatsanwalts, den Untersuchungsrichter zwecks Gegenüberstellung zu laden, damit der junge Mensch auf nochmalige Vorhaltungen des Vorsitzenden kein beiges und sich zum größten Teil seiner früheren Aussagen bekannte. Anders die Angeklagten, die nach ihm vernommen wurden. Auch sie machten die üblichen Ausflüchte: Der Untersuchungsrichter habe sie falsch verstanden, der Kriminalkommissar habe ihnen die Antworten in den Mund gelegt, sie seien Opfer von Suggestivfragen geworden ufm. Angefichts der lauslichen Lügen, die die jungen Leute vorbrachten, gerieten die Parteien scharf aneinander.

Zuerst wurde der Angeklagte Kellermann vernommen. Dieser brave Nationalsozialist bereitete sich nicht mehr und nicht weniger als für den — Polizeidienst vor. Aus Furcht, sich seine „Beziehungen zu verlaufen“, weigerie er sich hartnäckig, nach Röntgental mitzugehen. Dem Vorwurf der „Freiheit“ war auch er nicht gewachsen; also ließ er sich eine Fahrkarte in die Hand drücken und langte in Röntgental an. Selbst hier sagte er sich nach: „Es war Quatsch, mitzufahren.“ Er hörte sich die Schauerreden an. Ueber die Reichsbannerleute, die angeblich über den Zaun geklettert sein sollten, über einen vor einigen Tagen überfallenen Stahlhelmmann, über die Drohungen der Reichsbannerleute, sie würden die Rajsis „heute fertig machen“ und ging dann zum Reichsbannerlokal mit. Als er den Zusammenstoß kommen sah, sagte er zu Schlichter:

„Es wird hier brennig. Ich möchte am liebsten zurückfahren, habe aber kein Fahrpedal.“ Gleich darauf ging es wirklich los. Kellermann führte eine Stahlrute als Waffe. Natürlich behauptet auch er jetzt, er habe bei den Reichsbannern Schüsse ausbleiben sehen. Früher hatte er aber erklärt, nicht zu wissen, von welcher Seite man geschossen habe. Vorsitzender: In der Voruntersuchung haben Sie gesagt, daß Marquardt mit fünf Personen in die Schillerstraße gelassen sei und daß gleich darauf Schüsse gefallen seien; daß auch von Ihrer Seite „Rot Front“, „Rache für Beisel“, „Heil Hitler“ gerufen worden sei; daß kommandiert worden sei, „halt, isten Heilhen, Kanonen heraus“, und daß Marquardt auch gegen die Reichsbannerleute, die aus dem Lokal kamen, vorgestürzt sei. Wie war das? Angeklagter: Was ich heute sage, ist richtig. Kellermann hat feinerzelt an den Staatsanwalt einen Brief geschrieben, in dem er sich zu seinen Aussagen nachträglich bekannte.

Den Gipfel von Bergechlichkeit erklarte aber der Realgüter Rechner. Der Nationalsozialistische Partei ist er nach der Entlassung aus der Haft beigetreten. In der Voruntersuchung hat er sehr gut die Stimmung geschildert, die bei seinen Kameraden vor und während der Fahrt nach Röntgental geherrscht hat. Er hatte damals gesagt:

„Es war bekannt, daß ein Ueberfall auf das Röntgentaler Reichsbanner geplant war. Es hatte festgestanden, dem Reichsbanner einen gehörigen Denkzettel zu verabreichen. Es war auch allgemein bekannt, daß die Berliner mehrere Schuwaffen mitführten; das folgte allein auch schon aus dem Umstande, daß während der Fahrt davon die Rede gewesen sei, ganz Röntgental in Klump zu schießen. Auch sonst führten die Kameraden Ausrüstungsstücke mit.“ „Stöße“, behauptet er jetzt. Er selber habe eine Stahlrute gehabt. „Wo hatten Sie die her“, fragt der Vorsitzende: Angeklagter: Ich habe sie gefunden. Staatsanwaltschaftsrat: Bei Ihnen zu Hause wurde ein Revolver beschlagnahmt. Wo haben Sie den her? Angeklagter (unter Heiterkeit der Zuhörer): Auch den Revolver habe

ich gefunden. Was hatte aber der Angeklagte in der Voruntersuchung von den Ereignissen in Röntgental gesagt? „Ich habe den Eindruck gehabt“, heißt es im Protokoll, „daß die Röntgentaler stark übertrieben und daß wir gerufen worden waren, einen Ueberfall zu organisieren.“ Natürlich hat auch dieser Angeklagte das Aufblühen der Schüsse von Seiten der Reichsbannerleute gesehen. Da sogar ein Funken sei aus einem Steine geschlagen. Dessen entsinne er sich auch heute noch. Dagegen weiß er nicht mehr, daß er Ruhe gehört hat, wie „Los, los“ und „Schießt doch, gebt Feuer“. Staatsanwaltschaftsrat Stehning sagt: Wie konnten Sie Ihre Kameraden in so unverantwortlicher Weise belästigen, wenn es nicht der Wahrheit entspricht. Das nennt man eine Gemeinheit. Haben Sie hierfür eine Erklärung? Angeklagter: Nein, ich habe keine Erklärung. Der Kriminalbeamte hat mich überhaupt nicht zu Worte kommen lassen. Er hat das Protokoll diktiert und nur immer gefragt: Ist es so? Da habe ich „ja“ gesagt. Staatsanwalt: Von wem wußte der Kriminalbeamte denn den Hergang? Angeklagter: Den hätte ich ihm vorher erzählt. Staatsanwalt: Hat er also wahrheitswidrig das Protokoll diktiert? Angeklagter: Nein, wahrheitswidrig nicht, nur habe ich „ja“ gesagt. Vorsitzender: Und wie war es mit dem Untersuchungsrichter? Angeklagter: Der hat Suggestivfragen gestellt. Vorsitzender: Was sind das Suggestivfragen? Stellen Sie mir eine solche? Angeklagter zum Vorsitzenden: Sind Sie verwirrt? (Allgemeine Heiterkeit.) Vorsitzender: Meinen Sie, daß ich die Suggestivfrage mit Ja beantworten werde? (Noch größere Heiterkeit.) Der Staatsanwalt droht schließlich dem Angeklagten, ihn dem Beamten Auge in Auge gegenüberzustellen.

Der letzte Zeuge des gestrigen Tages war der 23jährige Schlosser Henn. Er gibt von den Ereignissen am 5. März eine äußerst anschauliche Darstellung. In der Schillerstraße erschienen einige Reichsbannerleute. Etwa drei Nationalsozialisten stürmten auf sie zu. Es ertönten Pfiffe. Gleich darauf fielen Schüsse. Die Reichsbannerleute stürmten an ihm vorbei. Im gleichen Augenblick ritten aus dem Lokal Weisens Reichsbannerleute heraus. Wieder fielen Schüsse. Alles schrie durcheinander. Die Reichsbannerleute zogen sich in das Lokal zurück und ließen die Jalousien herunter. Auch dieser Angeklagte hatte in der Voruntersuchung zugegeben, Rufe „Vorwärts, schießt doch, gebt Feuer“ gehört zu haben. Er hat auch noch etwas anderes gesagt, nämlich:

Wir waren am Lokal Weisel stehengeblieben, denn wir wollten sehen, ob die Reichsbannerleute herankommen würden und sich mit uns in Händel einlassen.

Jetzt will er diese Worte nicht mehr wahr haben. Sie sind aber wahr und mögen die Angeklagten es noch so sehr bestritten. Es dürfte ihnen nichts mehr nützen.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

## Der Siegeszug des Motorrades.

### Berlin hat zurzeit 107212 Kraftfahrzeuge.

Die Zahl der in der Reichshauptstadt vorhandenen Kraftfahrzeuge aller Art hat im Laufe der ersten 6 Monate dieses Jahres erneut eine beträchtliche Steigerung erfahren. Nach dem Stand vom 1. Juli wurden in Berlin 107212 Kraftfahrzeuge gezählt, und zwar 40247 Krafträder einschließlich Kleinkrafträder, 30451 Personenkraftwagen (d. h. Privatautos), 16035 Lastkraftwagen, 8983 Kraftdroschken, 1700 Zugmaschinen und 796 Kraftomnibusse, so daß sich gegenüber einem Bestande von 96082 Kraftverkehrsmitteln zu Jahresbeginn eine Zunahme um 11130 Kraftfahrzeuge oder 11,6 Proz. ergibt. Während die ersten Monate dieses Jahres sogar einen kleinen Rückgang des Berliner

während sie einem Kinde zufah, das hellbraune Locken hatte — Haare, die einst schwarz sein würden, so wie Walters Haare. Später schalt sie sich, weil sie so gewagt, so unpanamaisch dachte, und doch war sie stolz, zu wissen, daß sie sich nach dem Ruffe eines Kindermundes sehnte.

Walter sollte heute abend kommen! Sie erinnerte sich ihrer Mutter oben. Von dem Ruheplätzchen aus, wo sie ihre Gedanken nachhängen konnte, mußte sie die vielen Stufen hinaufstiegen in ihre Wohnung, um mindestens zwanzig Fragen darüber zu beantworten, was sie getan hatte. Von Walters Kommen konnte sie nichts sagen; sie konnte ihr Interesse für einen Mann, den sie nicht kannte, nicht eingestehen.

Gegen dreiviertel neun wagte sie, so gleichgültigen Tones wie nur möglich, zu sagen: „Ich habe ein wenig Kopfschmerzen. Ich werde noch einmal hinunterpringen und etwas frische Luft schöpfen vor der Türe.“

„Gehen wir ein wenig misammen spazieren. Ich möchte auch noch ein wenig an die Luft“, sagte Frau Golden strotzend.

„hm — ja — um die Wahrheit zu sagen, ich wollte mir etwas überlegen, was ich im Büro zu tun habe.“

„Oh, natürlich, mein Kind, wenn ich dich störe . . .!“ Frau Golden seufzte und zog langsam in ihr Schlafzimmer ab. Sie konnte sich nicht umkleiden. Ihre Mutter lag im Schlafzimmer und schluchzte.

Auf dem ganzen Wege über die vier Treppen hinunter wollte sie zu ihrer Mutter zurückeilen. Mit kühler Ungebuld sah sie schließlich Walter auf das Haus zukommen; zehn Minuten zu spät. Er sah grotesk aus in seiner wahnwitzigen, pustenden Eile. Das war nicht mehr der strahlende Herr Babylon, sondern ein verkwüchter junger Mann, der stotternd und sprudelnd hervorstieß: „Tja, wissen Sie — hab keinen sauberen Kragen gefunden — hab mich halb tot geseht — schließlich doch den Expresszug veräumt auf der Untergrundbahn — sonst's einfach nicht machen — puh, ist mir heiß!“

„Es macht nichts“, lachte Una herablassend. Er ließ sich eine Stufe tiefer als sie auf die Treppe niederstürzen und wuschte sich die Stirn ab. Keines von ihnen konnte sprechen. Dann nahm er seinen horngefähten Kneifer ab, steckte sorgfältig die Spitze seines Bleistifts in den Bügel, schlang das Augenglas turrnd im Kreis herum und wollte es wieder aufsetzen.

Kraftfahrzeugparks im Gefolge hatten, setzte mit dem Beginn der wärmeren Jahreszeit ein sehr lebhafter Aufschwung ein. Von den einzelnen Fahrzeugarten hatten die Krafträder, deren Gesamtbestand von 34970 am 1. Januar auf 40247 am 1. Juli anwuchs, mit einer Vermehrung um 3277 oder 15,1 Proz. die stärkste Zunahme aufzuweisen. Nur wenig geringer ist die Steigerung des Bestandes von Personenkraftwagen, die um 3072 oder 14,7 Proz. auf 39451 anstiegen.

## 40 Bände Sklarek-Gutachten!

### Abschluß der Voruntersuchung.

Die Akten, die in der Sklarek-Affäre von den Untersuchungsbehörden angelegt werden müssen, schämen einen Umfang zu erreichen, der die Reienmengen, die wir vom Fall Barmat her kennen, beinahe noch übertroffen wird. Das beweisen die Ziffern, die beim Abschluß der Voruntersuchung durch Landgerichtsdirektor Kosemann bekannt werden.

Es handelt sich um nicht weniger als 87 Hauptakten, 40 Bände Gutachten, über 1200 Beilagen und annähernd 2000 beschlagnahmte Geschäftsbücher und Korrespondenzmappen. Die Voruntersuchung wurde am 29. Oktober 1929 eröffnet. Nachdem sie sich zuerst nur gegen die Brüder Max, Leo und Will Sklarek richtete, wurde sie dann gegen die Bezirksbürgermeister Kohl und Schneider, die früheren Stadträte Benedek, Degner, Gabel und Schünig, den Oberstadtspektor Salowitski, den Prokuristen der Berliner Anschaffungs-Gesellschaft Liebert und den früheren Buchprüfer des Finanzamts Lubing ausgedehnt. Zur Zeit liegen noch Haftbefehle vor gegen die drei Brüder Sklarek, Degner, Gabel und Lehmann. Auch sie befinden sich aber, teils wegen Unfähigkeit, teils gegen Hinterlegung einer Kaution, nicht in Untersuchungshaft. Die Angelegenheit Sklarek-Stadtbank war in der Voruntersuchung bereits im März d. J. abgeschlossen. Es waren weiter zu prüfen die Geschäfte der Sklarek mit den städtischen Dienststellen und den beiden städtischen Gesellschaften, der Berliner Anschaffungs-Gesellschaft und der Kleidervertriebs-Gesellschaft, sowie die Kreditgeschäfte der Sklareks und die Befestigungsfälle.

## Ein Fluggast stürzt ins Meer.

### Neues schweres Unglück bei Warnemünde.

#### Warnemünde, 15. Juli.

Aus dem Flugzeug der Deutschen Verkehrsflieger-Schule D 1174 stürzte der Fluggast Hampkens aus Schleswig und ertrank in der Ostsee.

Zu dem Absturz wird ergänzend gemeldet: In Warnemünde starteten zwei kleinere Übungsflugzeuge der Deutschen Verkehrsfliegerschule nach Kiel. In der Nähe von Schönberg-Baake wurde das eine Flugzeug plötzlich von einer Bö erfah. Die Maschine stellte sich auf den Kopf und überschlug sich. Dabei stürzte der Fluggast Hampkens aus einer Höhe von ungefähr 600 Metern in die Ostsee. Dem Führer glückte es, das abstürzende Flugzeug kurz vor dem Aufschlagen auf die Wasserfläche wieder in seine Gewalt zu bekommen, ohne Schaden zu erleiden. Er nahm sofort zusammen mit dem anderen Fluggast die Suche nach dem Verunglückten auf, ohne eine Spur von ihm zu finden. Von zwei Flugzeugen, die zufälligerweise kurz darauf über der Unglücksstelle erschienen und die mit Funktelegraphie ausgerüstet waren, wurde sofort die Verkehrsfliegerschule in Warnemünde benachrichtigt. In der Suche beteiligten sich auch mehrere Flugzeuge der Fluggaststation Hattenau bei Kiel, die von Warnemünde telephonisch von dem Unfall in Kenntnis gesetzt worden war.

Man nimmt an, daß der verunglückte Fluggast bei dem Aufschlagen auf das Wasser getötet wurde und sofort untergegangen ist.

# SINCLAIR LEWIS

# DER ERWERB

## ROMAN

„Seien Sie doch bitte nicht beleidigt, wo wir doch immer so gut miteinander waren, Fräulein Golden! Ich weiß nichts Schlechtes von diesem Babylon, aber ich wollte Ihnen nur erzählen, was die anderen alle sagen — daß er trinkt und sich mit Weibern herumtreibt und so weiter; aber — aber, wenn Sie es sagen, so ist natürlich nichts an ihm auszusehen, und bei Gott, Fräulein Golden, hören Sie, wirklich, mein Ehrenwort, ich möchte ihm gewiß nichts nachsagen, wenn ich wüßte, daß er Ihr Freund ist! Und“, voll Bewunderung, „und er ist doch Redakteur!“

Una verjuchte sich wie eine Prinzessin vorzutommen, die ihrer ergebenen Dienerin verzehrt. Aber im Grunde war sie einfach wütend, daß ihr romantisches Erlebnis in den Schmutz eines Büroklatsches gezerrt wurde.

Als Walter genau um fünf Uhr dreißig wieder auf sie losstürzte, begrüßte sie ihn mit einem lächelnden rüchhaltiger Vertraulichkeit.

„Wenn Sie heute abend überhaupt zu Hause sind, lassen Sie mich nur für eine Viertelstunde hinaufkommen!“ bat er. „Ja!“ sagte sie atemlos. „Ach, ich sollte ja nicht, aber — kommen Sie gegen neun.“

2.

Una hatte ganz instinktiv Kinder schon immer sehr gern gehabt, hatte beim Anblick jedes Nachbarkindes ausgerufen: „Ach, der süße, kleine Kerl!“; hatte sich ausgemalt, wie es wäre, selbst Kinder zu haben; doch niemals zuvor, bis zu jenem Abend, war der Wunsch, das Köpfchen des eigenen Kindes gegen die Brust zu drücken, zu einer Leidenschaft geworden. Nach dem Abendessen saß sie auf den Stufen vor dem Haustor und sah den Kindern zu, die zwischen Wagen und Automobilen auf der Straße spielten.

„Oh, es müßte wunderbar sein, ein Kind zu haben — einen Kuben, wie Walter gemein sein muß — es zu pflegen, zu nermöhnen, und um feinetwillen zu weinen!“ dachte sie,

„Oh, lassen Sie es doch unten!“ fuhr sie ihn ungeduldig an. „Sie sehen so affektiert aus damit!“

„Ja — ja; aber . . . n — natürlich!“ Sie kam sich sehr überlegen vor.

Er fuhr sich heroös mit einem Finger über den oberen Rand des linken Ohrs, sprang auf, bückte sich, um Unas Hand zu fassen, starrte ihr in die Augen, bis sie den Blick lenkte — und dann fiel ein Nagelreiniger, eine gewöhnliche Feile zu zehn Cents, aus seiner Innentasche kurrnd auf die Steinstufe.

„Oh, verflucht!“ stöhnte er. Sie lachten beide.

„Ich glaube wirklich, es wird regnen“, sagte sie. Er ließ sich neben ihr niederfallen, unbequem zwischen ihr und dem Geländer eingezwängt. Dann ergriff er ihre Hand und umschlang ihre Finger so mild mit den seinen, daß ihre Knöchel schmerzten. „Hören Sie“, befahl er, „Sie glauben gar nicht, daß es wirklich regnen wird oder irgend so etwas Dummes. Ich bin vierzehn Millionen heiße Meilen hiehergerannt, wegen fünfzehn Minuten — ja, und Sie selbst wollten mich auch sehen! Und jetzt wollen Sie über die Geschichte zukünftiger Regen sprechen?“

In dem bitter-süßen Bann seines Händedrucks vergah sie die Straße, die Kinder, den Himmel. Sie verjuchte, ihre Hand zurückzuziehen, aber er preßte ihre Finger nur desto stärker, und die beiden Hände sanken auf ihr schmales Knie herab, das bei der Berührung erbehte.

„Aber — aber warum wollten Sie mich sprechen?“ Ihre ganze Ueberlegenheit war verschwunden.

Er antwortete auf ihr Zögern mit einer flehenden Bitte: „Ich kann hier nicht mit Ihnen reden! Können wir nicht anderswohin gehen — kommen Sie, gehen wir zum Fluß hinunter.“

„Oh, ich darf nicht — wirklich, Walter. Meine Mutter ist so — so unwohl heute und ich muß zu ihr zurück . . . bald mindestens.“

„Aber möchten Sie gerne mit mir gehen?“

„Ja.“

„Run — darauf allein kommt es an.“

„Vielleicht — vielleicht könnten wir hier aufs Dach hinaufgehen, für ein paar Minuten. Dann muß ich Sie nach Hause schicken.“

„Surreal kommen Sie.“ (Fortsetzung folgt.)

## Nachgesandte Zeugenladung.

Während der Ferien- und Reisezeit ereignet es sich nicht selten, daß der fern von seinem Wohnort Weisende mit einer ihm nachgesandten Zeugenladung in einer Zivilprozesse beglückt wird, der er unbedingt Folge leisten zu müssen glaubt. Denn, wie der Bordruck im Zeugenformular belagt, werden auf Grund des § 380 der Zivilprozessordnung Zeugen, die ohne Entschuldigung ausbleiben, in die durch das Ausbleiben verursachten Kosten verurteilt sowie zu einer Ordnungsstrafe in Geld, die im Nichterleidungsfall in eine Haftstrafe bis zu sechs Wochen umgewandelt wird.

Das Formular enthält indes noch einen zweiten Absatz, der aber vielfach übersehen wird. Er lautet also: „Für den Fall, daß Sie den in dieser Ladung angegebenen Aufenthaltsort inzwischen verlassen haben oder daß Sie bis zu dem Termin nach Ihren Aufenthaltswechseln sollten, wollen Sie hieron schleunigst Anzeige machen.“ Unterbricht der Geladene nun also seinen Urlaub, vielleicht eine Baderkur, und begibt sich nach seinem Wohnort, so wird er meistens nicht wenig enttäuscht sein, wenn er hört, daß er keinen Anspruch auf Erstattung der Reisekosten aus der Staatskasse erheben kann. Diese Enttäuschung und die Kosten hätte er sich ersparen können, wenn er unter näherer Begründung beim Gericht um die Auffhebung seiner Vernehmung eingekommen wäre oder ausdrücklich angefragt hätte, ob sein Erscheinen an dem festgesetzten Tage unbedingt notwendig wäre. Falls ihm wegen der Kürze der Zeit hierdurch Depeschekosten erwachsen, so kann er deren Erstattung verlangen. Befolgt er keine Antwort, so muß er der Ladung allerdings Folge leisten.

Erscheint der Zeuge zu einem Termin, der aufgehoben wurde, von dessen Aufhebung er aber nicht mehr rechtzeitig Kenntnis erhielt, so ist die Entschädigungsfrage seitens des Gerichts nach billigem Ermessen und unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände zu beurteilen und zu entscheiden. Die Entschädigung wird dem Zeugen nicht verweigert werden können, wenn er seine Abreise nicht allzu lange vor der letzten möglichen Reisegelegenheit angetreten hat. Auch kann er, falls die Reise infolge großer Entfernung mit erheblichen Kosten verbunden ist, die Bewilligung eines Vorschusses beantragen.

## 300 Todesopfer der Granatexplosion? Türkei verheimlicht das Unglück in der Munitionsfabrik.

Angora, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Die genaue Zahl der bei der Explosion der großen türkischen Munitionsfabrik Derindische umgekommenen Menschen konnte bisher noch nicht festgestellt werden, da die türkischen Militärbehörden jede Auskunft verweigern. Die Fabrik, in der schwere Artilleriemunition hergestellt wurde, stieg frühmorgens gegen 6 Uhr aus noch nicht aufgeklärten Gründen plötzlich in die Luft. Den ganzen Tag über folgte in den der Fabrik benachbarten großen Munitionslagern eine Explosion der anderen. Andauernd entfuhr den brennenden Lagerschuppen schwere Granaten und schlugen von beiden Seiten der Kilometerweit von der Fabrik entfernt verlaufenden Strecke der Anatolischen Eisenbahn ein, auf der die Züge den ganzen Tag nicht verkehren konnten. Es heißt, daß mit der Fabrik rund 300 Menschen in die Luft geflogen und umgekommen sind.

Derindische ist ein kleiner Ort an der Nordküste des langen und engen Golfes von Izmid, der sich südlich Istanbul weit nach Anatolien hinein erstreckt. Im Grunde der Bucht befindet sich der türkische Kriegshafen von Izmid. Das ganze Gebiet um die Bucht bildet eine sogenannte „Militärzone“ und ist Privatpersonen nicht zugänglich. Eine ähnliche „Militärzone“, „Verbotene Zone“ genannt, befindet sich westlich von Istanbul entlang den Tschatalbaschalan und darf nicht einmal von den regelmäßig nach Istanbul verkehrenden Fluglinien überquert werden. Beide Militärzonen wurden zum Schutze Istanbuls eingerichtet, nachdem durch den Lausanner Vertrag die Meerengen entsezt und demilitarisiert worden sind.

## Böb' Antwort.

### Berufungsverhandlung voraussichtlich September.

Oberbürgermeister Böb, der bekanntlich gegen das Urteil in seinem Disziplinarprozeß Berufung eingelegt hatte, hat nun seine Antwort in einem umfangreichen Schriftstück fertiggestellt. Sein Rechtsanwalt, das demokratische Mitglied des Reichstages Dr. Hans Fischer, hat diese Verantwortung angeregt und jeden dem Bezirksausschuß zugestellt. Man nimmt an, daß die Prüfung des Aktes mehrere Wochen in Anspruch nehmen wird. Ueber den Inhalt der Antwortschrift soll nichts eher bekanntgegeben werden, als bis die Prüfung beendet ist.

Die Berufungsverhandlung dürfte im September stattfinden.

## Amerikanische Studenten in Berlin.

Eine größere Anzahl Stipendiaten der Deutsch-amerikanischen Karl-Schurz-Vereinigung, die zu Studienzwecken Deutschland bereisten, beschäftigt die Einrichtungen der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege Berlins.

Zunächst besuchen die Studenten die Kinder- und Jugendheimbeiräte der „Jugendscharen“, Arbeitskreis für Jugendhilfe G. B. Dieser Arbeitskreis ist kurz nach dem Kriege aus Angehörigen der Wandervogelbewegung hervorgegangen, die die Notwendigkeit der sozialen Reformarbeit als Erfüllung der vom Wandervogel ursprünglich verkündeten Jugendbestimmung erkannt hatten. Dieser Kreis ging allerdings nicht so weit wie andere Teile der bürgerlichen Jugendbewegung, die den notwendigen Zusammenhang alles Freiheitsstrebens über die Schranken der bürgerlichen Gesellschaft hinaus mit dem Klassenkampf der Arbeiterklasse erkannten und zur Verwirklichung ihrer Ziele die Vereinigung ihrer Kräfte mit dem Heer der um Aufhebung aller Unterdrückung ringenden Arbeiterklasse vollzogen. Die Jugendscharen leisteten und leisten immerhin ein Stück nützlicher Arbeit in der Betreuung verwahrloster Jugendlicher und von proletarischen Kleinkindern, deren Eltern nicht die genügende Zeit haben, sich mit ihnen abzugeben. Aus privaten Spenden und mit kommunaler Unterstützung wurden ein Kindergarten mit Hort und ein offenes Fürsorgewohnheim für Jugendliche in der Gegend des Stettiner Bahnhofes errichtet. In den vorbildlich eingerichteten Heimen wird mit modernen Erziehungsmethoden von freiwilligen Helfern und ausgebildeten Fürsorgekräften den Kindern und erwachsenen Jugendlichen die Einordnung in die Gesellschaft er-

# Ein harter Spruch.

## Der Angegriffene wegen versuchten Totschlags verurteilt.

Das Landgericht II verurteilte gestern den Kommunisten und früheren Angehörigen des Rotfront-Bundes Anton Macial wegen versuchten Totschlages in Tateinheit mit unbelegtem Waffenbesitz zu zwei Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre einen Monat Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust beantragt.

Das Urteil fordert zur Kritik heraus. Der 24jährige, gut beleumdete, nicht vorbestrafte Macial wartete am 30. April in Gesellschaft des 16jährigen Sohnes seiner Wirtin und des Arbeiters Paul auf die Straßbahn. Etwa 25 Nationalsozialisten hatten eben ihr Vereinslokal verlassen und blieben in einer Entfernung von etwa 10 Meter in zwei Gruppen an den Straßenecken zu beiden Seiten Macials stehen. Da dieser unter den Nationalsozialisten auch einen ihm bekannten Sturmführer erblickte, und da er zudem bereits dreimal von den Nationalsozialisten überfallen war, legte er seinen Revolver, den er aus Anlaß dieser Überfälle sich angeschafft hatte, aus der Hintertasche in die Vordertasche. Die Nationalsozialisten hatten das bemerkt. Drei von ihnen gingen auf Macial zu, der eine von der einen, die beiden anderen von der anderen Seite, und als der erste sich ihm bis auf etwa einen Meter genähert hatte, zog Macial den Revolver und schob. Vor Gericht erklärte er sowie der Zeuge Paul, daß der Nationalsozialist mit einer Stahlrute zum Schloße ausgeholt habe. Macial setzte hinzu, daß er sich bedroht gefühlt habe.

Das Gericht war auch seinerseits der Ansicht, daß die Nationalsozialisten nicht mit guten Absichten auf Macial zugegangen seien und daß er sich wohl bedroht gefühlt haben mag, daß es aber genügt hätte, wenn er seinen Angreifern die Pistole vor die Nase gehalten hätte. Weiter schenkte es den beiden Nationalsozialisten insofern Glauben, als es annahm, der Getölte sei nicht im Besitze einer Stahlrute gewesen. Das Gericht sei aus Gründen der Abjuration verpflichtet, auf eine hohe Strafe zu erkennen.

Man wird es wohl verstehen, daß das Gericht angesichts des Ueberhandnehmens des blutigen Randaliums harte Strafen

als Abjuration für erforderlich hält. Es wäre aber bedauerlich, wenn dies dazu führen sollte, daß Arbeiter, einerlei ob kommunistische oder andere, auch dann zu harten Strafen verurteilt würden, wenn sie gegenüber einer Mehrzahl von Angreifern vielleicht über die Grenzen dessen hinausgehen, was bei kalter Ueberlegung das Richtige gewesen wäre.

## Strafantrag im Tschermongzenprozeß. Staatsanwalt plädiert für Gefängnisstrafen.

Im Tschermongzenprozeß wurde heute von der 1. Strafkammer des Landgerichts I die Beweisaufnahme geschlossen, worauf Staatsanwaltschaftsrat Dr. Gräber die Anklage hielt und die Verurteilung der Angeklagten wegen Münzverbrechens und Betruges forderte, die in der ersten Instanz amnestiert oder freigesprochen waren.

Oberstaatsanwalt Freiherr v. Steineder kam sodann zu dem Ergebnis, daß die georgischen Angeklagten Karumidze und Sarathieraschwili nicht aus politischen Beweggründen zugunsten Deutschlands gehandelt hätten, also die Anwendung des Amnestiegesetzes nicht in Frage komme. Auch die übrigen deutschen Angeklagten Böhle, Bell und Schmidt hätten nicht aus uneigennütigen, sondern aus wirtschaftlichen Beweggründen gehandelt. Lediglich bei dem Angeklagten Dr. Weber, der in der ersten Instanz freigesprochen war, unterstellte der Oberstaatsanwalt uneigennütige politische Motive und beantragte, die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung zu verwerfen.

Gegen die übrigen Angeklagten stellte er erneut die Anträge der ersten Instanz, und zwar gegen Karumidze wegen Münzverbrechens und Urkundenfälschung 2 Jahre 10 Monate Gefängnis, gegen den Angeklagten Sarathieraschwili wegen Münzverbrechens und Betruges 2 Jahre 5 Monate Gefängnis, gegen Böhle wegen Beihilfe zum Münzverbrechen 4 Monate Gefängnis, gegen Bell wegen Münzverbrechens und Betruges 1 Jahr 7 Monate und gegen den Angeklagten Schmidt wegen Betruges an Stelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe eine Geldstrafe von 6000 M.

## Preußens Bäderfürsorge.

### Staatliche Neubauten im staatlichen Rheumabad Rensdorf.

Der außergewöhnliche Aufstieg des dem preussischen Staat gehörenden Schlamms- und Schwefelbades Rensdorf, der durch große Heilerfolge auf dem Gebiet aller Rheumakrankungen bedingt wird, hat den preussischen Staat zum weiteren Ausbau dieses größten deutschen Schlammbades veranlaßt. Soeben wurde nun im Bad Rensdorf ein neuer Ausbau am Großen Schlammbadehaus in Betrieb genommen, in dem 12 Bollschlammabzellen mit hoppelten Ruhebetten und 24 Leibabzellen in technisch-hygienisch modernster Ausführung untergebracht sind. Ferner ist im Bad Rensdorf ein großes Freibad fertiggestellt, das ein besonderes Kinderplanschbecken für Sole enthält. Der weitere Ausbau des Bades steht dem Neubau eines mehrstöckigen Schlammbadehauses mit einem modernen Armittelhaus vor, in dem ein Forschungsinstitut für Rheumakrankungen zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit den benachbarten Universitäten untergebracht werden soll.

Bei der zur Eröffnung stattfindenden Feiertagsfeier wies der Ministerialdirektor, Oberregierungs- und Landeskulturrat Dr. Kasper darauf hin, daß es Preußen als Ehrenpflicht und Kulturpflicht betrachte, die Heilkräfte der preussischen Staatsbäder der Volksgesundheit dienbar zu machen, und damit die soziale Bäderfürsorge zu fördern. Oberpräsident Noske überbrachte die Grüße der Provinz Hannover. Landtagsabgeordneter Feinert versprach die weitere kräftige Förderung des Bades durch den Landtag.

## Gerichtsferien und Feriensachen.

Die Gerichtsferien beginnen am 15. Juli und endigen am 15. September einschließlich. Während der Gerichtsferien werden nur in Feriensachen Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen. Es sind dies: 1. Sämtliche Strafsachen; 2. Die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Grundbuch, Vormundschafts-, Nachlaß- und Registersachen); 3. Die arbeitsrechtlichen Streitigkeiten; 4. von den bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten: a) Urrechtsachen und einstweilige Verfügungen; b) Miet- und Pachtverträge; c) Streitigkeiten zwischen Vermietern und Mietern oder Untermietern wegen Ueberlassung, Benutzung oder Räumung von Wohnungen oder anderen Räumen oder wegen Zurückhaltung von eingedragten Sachen.

Der preussische Justizminister hat am 13. Mai dieses Jahres folgende allgemeine Verfügung erlassen: Die Notwendigkeit zur Beschleunigung der Zivilprozesse besteht angesichts der noch andauernden schwierigen Wirtschaftslage auch in diesem Jahre. Ich erwarte daher, daß die Gerichte ebenso wie in den vergangenen Jahren auch weiterhin den Wünschen der Prozessparteien auf Beschleunigung der Rechtsverfolgung während der Gerichtsferien soweit wie irgend möglich entgegenkommen werden.

Wieviel Kinder soll man haben? Die Deutsche Welle veranstaltet im Rahmen ihrer Vortragsreihe „Bedenken zur Zeit“ am Mittwoch, dem 16. Juli, in der Zeit von 20 bis 20.40 Uhr ein Zwiesgespräch zwischen der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Frau Luise Schröder und dem Zentrumsgesandten Martin Joos über das Thema: „Wieviel Kinder soll man haben?“

Der Volkshor Moabit gibt den Besuchern des Volksparks Rehberge am 18. d. M., 20 Uhr, ein Freiluftkonzert. Der Chor versammelt sich an der Betonbrücke.

Von Vierlingen entbunden. Eine in Breslau wohnhafte Frau wurde von Vierlingen, zwei Knaben und zwei Mädchen, entbunden. Die Mutter sowie die vier Neugeborenen befinden sich wohl. Der Vater ist erwerbslos.

Selbe Haagerzähne. „Ich benutze seit Jahren die Chlorodont-Zahnpaste und bin mit der Verwendung derselben sehr zufrieden. Trotzdem ich ein Reitenreiter bin, sind meine Zähne stets blendend weiß. Auch fehlt mir kein einziger Zahn, jedoch ich behaupte, nur „Chlorodont“ erhält meine Zähne gesund.“ S. Grünberg, München. — Chlorodont-Zahnpaste 60 Pf. und 1 M., Zahnbürsten, Mundwolle 1 M. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

schleiert und unter Eingeden auf die Bedingungen des proletarischen Milieus Erziehungsarbeit in durchaus freihetlichem Geiste geleistet. Die amerikanischen Studenten brachten der Arbeit großes Interesse und Bewunderung entgegen. Es wäre zu wünschen, daß allen ausländischen Besuchern Deutschlands solche Ausblicke der sozialen Wirklichkeit gezeigt werden.

## Die Indienflieger gefunden.

### Im Bambusdschungel abgestürzt, Hoot schwer verletzt.

London, 15. Juli.

Einer der beiden seit 10 Tagen vermissten australischen Flieger, Matthews, ist nach einem Telegramm aus Rangoon Sonnabend in Crome eingetroffen. Sein Kamerad Hoot ist in lebendem Zustand zurückgeblieben. Weitere Einzelheiten fehlen.

Die beiden Flieger waren am 20. Juni unerwartet mit einem Leichtsflugzeug von Sydney gestartet und während der schweren Stürme am 3. Juli zwischen Arab und Rangoon vermisst worden. Hoot ist Engländer, Matthews Australier.

Die ausführlichen Berichte über das Schicksal der England-Australien-Flieger, von denen Matthews am Sonnabend durch einen Eingeborenen in erschöpftem Zustand aufgefunden und nach Crome gebracht wurde, besagen, daß das Flugzeug nach dem Aufstieg von Arab in einen Bambusdschungel abstürzte, wobei der Apparat stark beschädigt wurde. Matthews wurde leicht und sein Begleiter schwer verletzt. Acht Tage lang wanderten die beiden Flieger an einem Flußufer entlang und hatten unter dem ungesunden Klima und Wasser- und Nahrungsmittelmangel schwer zu leiden. Da sie, um weiterzukommen, einen Fluß durchschwimmen mußten, wozu Hoot nicht mehr imstande war, mußte er mit Proviant zurückgelassen werden. Eine ärztliche Expedition ist zu seiner Rettung ausgezogen.

## Schweres Autounglück bei Beelitz.

### Ein Todesopfer, ein Schwerverletzter.

Potsdam, 15. Juli.

Ein folgenschwerer Unfall hat sich heute vormittag bei Beelitz ereignet. Der Kammerdiener Georg Naumann aus Leipzig erlitt einen Schwundelanfall und fuhr mit seinem Auto gegen einen Baum. Die im Wagen sitzende Frau Melanie Langhelrich, ebenfalls aus Leipzig, erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot, während Naumann mit schweren Arm- und Beinbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

## Deutsche Verfassung, ein heißes Gebiet.

Bei einem Presseempfang des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegsernterbienenden betonte der Referent die parteipolitische Neutralität des Verbandes. Vom Vertreter des „Vorwärts“ gefragt, wie der Reichsverband über diese parteipolitische Neutralität hinaus zur verfassungsmäßigen Staatsform der demokratischen Republik stehe, erwiderte der Verbandsvertreter, daß diese Frage ein heißes Gebiet der hohen Politik berühre. Der Verband stehe der Republik nicht feindlich gegenüber. Aber viele Kriegsteilnehmer hielten die alte Staatsform für besser als die heutige, und da dem Verbandsziel die Zusammenfassung aller Kriegsteilnehmer am Herzen liege, müsse er eine Festlegung des Verbandes ablehnen. Nach dieser Stellungnahme ist es für jedes Kriegsoffer, das Anhänger der Republik ist, klar: Es gibt nur einen Bund, dem man angehören kann, dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegsernterbienenden, der sich rückhaltlos zur Republik bekann hat.

Reichsbanner gibt für die Neuroder Opfer. Zu der Sammlung zugunsten der Hinterbliebenen des Grubenunglücks in Hausdorf hat der Ortsverein Berlin-Arsenaleberg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß den Betrag von hundert Mark beigetragen und dem Verlaß des „Vorwärts“ zur Weiterleitung überwiesen.

# Der „schönste Mann“.

Ein bekannter Berliner Vergnügungsort hat wieder einmal einen Wettbewerb veranstaltet: Diesmal ging es um die Schönheit des Mannes, die mit 500 Mark im ersten Preis und je 100 Mark in fünf Trostpreisen bewertet wurde.

Da erfolgte ein Bortelmarich von Männern, der feinesgleichen suchte, viel mehr als der Karikaturist kam dabei eigentlich der Sozialpsychologe auf seine Kosten. Unter den mehr als hundert Bewerbern, die mit artig tänzelndem Schritt und gezieltem Wächeln um die Gunst der Jury buhlten, waren es neben einigen auf tief geschneigten und gestriegelten Männern fast durchweg Bajazzo der Art, die mit lächelnd verzerrter Grimasse um ein Almosen bettelten, die letzte Ausfahrt des Romanischen Cafés und der Filmbörse, darunter erloschene Sterne der Filmleinwand und der Palette. Mit todernstem Gesicht inmitten der grinsenden Schönheitsgarde steht ein alter Weißhaariger, beleibt, gutbürgerlichen Aussehens; und jeder fragt sich: was will der hier? Da wuschelt einem einer von der Jury ins Ohr: „Oh, dem ging's einmal besser wie uns allen! Der war mehrfacher Hausbesitzer am Kurfürstendamm. Heute ist alles futsch bei ihm!“ Wie ein Tier auf der Schlachtbahn läßt er sich von allen Seiten mit den Augen befehlen und mischt sich dann in das wartende Heer der Anwärter, die nun gesteht werden sollen. Wirklich ist auch er unter der engeren Wahl; man kann das wohl nicht recht begreifen, aber man freut sich für ihn, der auch jetzt noch die gleiche hoffnungslose Miene zur Schau trägt.

Das Viertelhundert der „Besetzten“ wird jetzt auf die harrende Menge drunten im Park losgelassen: Volksscheid! Hoffentlich ist der traurige Alte mit dabei. Die Devise hieß: Der interessanteste Mann von Berlin! Da meldeten sich eben jene, die das „markanteste“ Gesicht aufzuweisen glaubten. Und den schärfsten Sticht befand sich das Elend... Und wirklich hatte die Masse Mensch Einsehen und wählte als Preisträger alle jene, die ihr Schicksal mit „interessanten“ Runen gezeichnet hatte. Auch der bedauernswerte Alte war darunter.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsparungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, L. 2, Kassen rechts, zu richten.

### Die Sozialdemokratische Partei demonstriert am 1. August im Lustgarten!

Auf verschiedene Anfragen aus den Kreisen unserer Partei- und Betriebsfunktionäre teilen wir mit, daß die diesjährige

### Anti-Kriegskundgebung

am Freitag, dem 1. August, bestimmt im Lustgarten

stattfindet. Wenn die „Rote Fahne“ zur gleichen Zeit im Lustgarten eine kommunistische Veranstaltung ankündigt, kann das nur den Zweck haben, unsere Genossen von der Teilnahme abzuhalten und in den Betrieben Verwirrung anzurichten.

Der Polizeipräsident hat gemäß seiner Verfügung vom Mai d. J. nur eine Partei im Lustgarten zugelassen.

Deshalb sorgt für Massenbesuch.

Der Bezirksvorstand.

1. Kreis Liegnitz, Aktion, Kreismitgliedschaft, heute, Mittwoch, 16. Juli, findet wie bekannt die Demonstration gegen den Faschismus statt. Sammelplatz Kleiner Tiergarten um 18 Uhr. Reden sind mitzubringen. Die Abteilungsleiter werden gebeten, zehn Genossen als Redner mit Karte bereitzustellen. Die 18. Abteilung Charlottenburg beteiligt sich an der Demonstration und trifft sich ebenfalls im Kleinen Tiergarten.

heute, Mittwoch, 16. Juli.

2. WM. Alle Mitglieder beteiligen sich an der Kreisdemonstration. Antritt um 18 Uhr pünktlich Kleiner Tiergarten.

Morgen, Donnerstag, 17. Juli.

32. WM. Aktion: Kreisfunktionsleiter der 37. Bezirksgruppe Kreisaktion um 19 Uhr bei Krombach, Paul-Singer-Str. 49.

33. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

34. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

35. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

36. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

37. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

38. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

39. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

40. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

41. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

42. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

43. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

44. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

45. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

46. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

47. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

48. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

49. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

50. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

51. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

52. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

53. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

54. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

55. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

56. WM. Siedlerberg. 19 Uhr wichtige Funktionsdelegation bei Silber, Jung-Edel-Oberstraße.

## Frauenveranstaltung.

35. WM. Alle Genossinnen beteiligen sich am Donnerstag, dem 17. Juli, nachmittags, am Kaffeeladen der Kaufmannschaft in der „Gerechtheits“-Küchentrage.

## Jungsozialisten.

Die Gruppenkonferenz findet heute, Mittwoch, 16. Juli, 10 Uhr, in der Gaststätte des Arbeiter-Kolonien-Bundes, Silesische Str. 6, statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung bitten wir um pünktliches Erscheinen. Arbeitsausgangsmittler kommen bereits um 10 Uhr an der gleichen Stelle zusammen.

Gruppe Reußien, heute, Mittwoch, 16. Juli, 10 Uhr, Jugendheim Treptower Str. 49-50, Treptow: „Was geht in Politik und Wirtschaft vor?“ Referent: Bruno Krüger.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe „Rotha Demmling“. Alle Kinder treffen sich am Mittwoch, pünktlich 19 Uhr, im Jugendheim Eberstr. 12. Sehr wichtige Mitteilungen, daher unbedingt Erscheinen Pflicht.

Reussberg, Gruppen Rotbundes Tor, Brandelstraße und Gierlicher Straße, Donnerstag, 17. Juli, von 17 bis 19 Uhr, im Jugendheim Priester Straße, „Sunder Abend“. Alle Kinder und Helfer sind herzlich eingeladen.

## Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

96. WM. Reußien. Unsere Genossin Clara Hempel, 35 Jahre, ist verstorben. Ehre ihrem Andenken. Einäscherung am Donnerstag, dem 17. Juli, um 13 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg. Wir bitten um rege Beteiligung.

97. WM. Reußien. Unser Genosse Albert Fehlow, 30 Jahre, ist am 12. Juli verstorben. Ehre seinem Andenken. Einäscherung heute, Mittwoch, 16 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg. Wir bitten um rege Beteiligung.

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsparungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Abteilungsleiter, erwidern die Programme für August ein, senden die Karten von „Rost“ und von der Sommerreise ab.

Streikendelber Groß-Berlin, heute, 19 Uhr, Pflanzprobe im Rinderheim, Eberstr. 12 (Nähe Postamt Brandelstr. Berg).

Die Karten für die „Volks“-Fahrt am 26. und 27. Juli müssen von den in Frage kommenden Werksbeisitzern umgehend abgeholt werden.

## heute, Mittwoch, 19 Uhr:

Gesundbrunnen in: Beim Christenlager, 28. „Geschichte der Wirtschaft.“

Reichsbanner: Beim Turiner des Seestraße, „Warum SWP?“ - Betriebsratgeber: Beim Arbeiter, 12. „Die Hilfe bei Unglücksfällen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“ - Reichenberger: Beim Arbeiter, 9. „Blauberei über kulturelle Fragen.“

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seebastionstr. 37-38, Hof 2. Etz.

Wittmoos, 16. Juli. Friedrichshagen (Kameradschaft) (Waldau). Um 19 Uhr Versammlung bei Gahn, Simon-Dach-Str. 10. Erscheinen Pflicht. - Donnerstag, 17. Juli. Prenzlauer Berg. Für Kameradschaft Nord-berl. um 20 Uhr Versammlung bei Klug, Pankow Str. 71. Für Kameradschaft Werber Platz um 20 Uhr Versammlung bei Rade, Eberwalder Straße 35. (Aktion Sozialdemokratie!) Wilmersdorf (Kameradschaft). Um 20 Uhr Versammlung bei Ruffe, Lauenburger Str. 21. Eichenberg (Kameradschaft). Jungbunnen und Schupfporter, 20 Uhr Versammlung bei Hübner, Hermannstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen Pflicht. - Freitag, 18. Juli. Eichenberg (Kameradschaft). Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten. Abends 19 Uhr Kleiner Tiergarten: Besetzung der Kleinen Tiergarten.

## Allgemeine Wetterlage.



Das unbeständige Wetter dauert in Deutschland noch immer an. In dem Gebiet tiefen Luftdruckes, das sich gegenwärtig über Norddeutschland befindet, sind noch einzelne Störungen vorhanden. Daher kam es noch zu wiederholten Niederschlägen. Westlich der Elbe kam es auch zu weitverbreiteten Gewitter

# Massenbildung im Kapitalismus

## Eine wichtige Lebensfrage des Proletariats

Nach Auffassung namhafter bürgerlicher Nationalökonomien leben wir heute in der Periode des Spätkapitalismus. Liegt in einer solchen Definition nicht ein bemerkenswertes Eingeständnis? Spricht daraus nicht eine gewisse Resignation? Die Antwort lautet Ja und Nein zugleich. Zweifellos wird sich das großkapitalistische Bürgertum unter dem Eindruck bestimmter sozial-ökonomischer Tendenzen nach und nach seiner historischen, d. h. vergänglichen Rolle bewußt. Aber daraus folgt noch lange nicht, daß die Kapitalistenklasse als solche auch nur im Traum daran dachte, freiwillig vom Schauplatz der Geschichte abzutreten. Das gerade Gegenteil ist richtig. Immer noch haben herrschende Gesellschaftsschichten, wenn sie den Boden unter sich wanken fühlen, alles daran gesetzt, ihre Machtposition um jeden Preis zu halten.

Anders, soviel ist sicher: Mit Gewaltmethoden allein kann sich auf die Dauer keine Klassenherrschaft behaupten. Das hatte sogar der deutsche Militarismus begriffen, als es — zu spät war. Jedes Gesellschaftssystem muß eben — will es Bestand haben — in letzter Instanz vom Massenwillen getragen sein. Das ist freilich nur möglich, wenn es gelingt, die große Mehrheit der Gesellschaft innerlich an das herrschende System zu fesseln. Wirtschaftlich und sozial entrechtete Volksschichten kann man aber nur dadurch bis zu einem gewissen Grade mit ihrem Klassenstand verknüpfen, daß man ihr Denken und Willen in eine bestimmte Richtung hingleiten versteht oder mit anderen Worten: daß man Massenbildung in großem Maße organisiert. Das Problem der Massenbildung ist also eine Frage von Sein oder Nichtsein für jede bestehende Gesellschaft. Verhält es sich aber so, dann ist über die vermeintliche Neutralität der Bildungsorgane von heute und gestern eigentlich alles gesagt.

Die mittelalterliche Feudalgesellschaft hatte es insofern verhältnismäßig leicht, als ihr ein großartiger, international aufgebauter Bildungsapparat zur Verfügung stand: die römische Kirche. Auch der Kapitalismus, der in seiner ersten Jugendstufe gegen diese mächtige Institution mit dem Schlächterschrei: „Kernichtet die Schändliche!“ zu Felde gezogen war, mußte in einer späteren Epoche den Vorteil eines Friedensschlusses mit dem Gegner von gestern einsehen. Es kam also zu der für beide Teile fruchtbarsten Einigungsformel: „Die Religion muß dem Volke erhalten werden.“

Jedoch im Zeitalter der modernen Biologie und Physik, im Zeitalter des Flugzeugs und der Radiowellen und vor allem in der Ära der modernen Gesellschaftswissenschaft konnte die Religion ihre frühere, nahezu unumschränkte Einflusssphäre naturgemäß nicht aufrechterhalten. Sie ist heute — denkt man besonders an großstädtische Industrieproletariat und verwandte Schichten — mehr eine äußere Tradition als eine lebendige Realität. Wollte sich der Kapitalismus heute, wo seine ökonomische Ausweglosigkeit immer deutlicher in Erscheinung tritt, nur noch auf die Religion, als den einzigen ausschlaggebenden Bildungsfaktor, stützen, so hätte ihn wahrhaftig sein historisches Schicksal längst ereilt.

Das wissen die herrschenden Oberschichten sehr genau. Zum mindesten sagt ihnen ein untrüglicher Klasseninstinkt, daß Massenbildung im kapitalistischen Sinne sich heutzutage wirklicherer Instrumente bedienen muß als jener, die eine eingetorene kirchlich-religiöse Ideologie zu bieten vermag. Es kommt eben in der Gegenwart alles darauf an, den Geist des Kapitalismus im Massenbewußtsein zu verankern. Keine ganz leichte Aufgabe! Schließlich muß es auch ein Blindes merken, daß vom Kapitalismus nur solche Werte geschaffen werden, die dem Unternehmertum Mehrwert bringen. Weil dieses Gesellschaftssystem aber keine Werte an sich kennt, muß es nach außen anders erscheinen, als es im Grunde ist. Es steht immer vor der Notwendigkeit, seine Existenzberechtigung zu beweisen, d. h. es muß dem Massenbewußtsein plausibel machen, daß individuelle Profitinteressen mit allgemeinen Gesellschaftsinteressen gleichbedeutend sind. Und das in einer Zeit, wo die Fragwürdigkeit des Systems immer offenkundiger wird! Dennoch bringen die herrschenden Klassen das Kunststück fertig, große Teile des eigentlichen Proletariats und vor allem proletarisierte Zwischenschichten in kapitalistische Fesseln zu schlagen. Das Rezept, das sie dafür verwenden, ist im Grunde sehr einfach: Das Massenbewußtsein darf sich über die Grenzen des Heute nicht erheben, die Massen dürfen nicht dahinter kommen, daß es ein Jenseits dieser Gesellschaft gibt.

In diesem Sinne arbeitet der gesamte Bildungsapparat, über den das moderne Großkapital verfügt. Wir sehen hier von der Funktion der heutigen Volksschule gelassen ab, weil das Problem der Jugendbildung ein Kapitel für sich bildet. Und außerdem sei bemerkt, daß aus dem großen Arsenal neuerzeitlicher Massenbildung nur eine kleine Auswahl von Lehrbeispielen herangezogen werden kann.

Eines der wirksamsten Instrumente solcher Massenbildung bleibt immer noch die bürgerliche Presse im weitesten Sinne, also auch Zeitungen sozialistischer Natur, illustrierte Zeitungen, Wochenschriften, Magazine usw. mit inbegriffen. Es ist merkwürdig, daß gerade das Bürgertum, das in der Theorie die sogenannten „Ewigkeitswerte“ wie Dichtung, Kunst, Moral, Recht usw. aus der „niederen“ Sphäre der Politik herausgehoben wünscht, in der Praxis den gegenteiligen Grundsatze befolgt. Denn in der bürgerlichen Presse wird von der ersten bis zur letzten Zeile Politik gemacht, natürlich Klassenpolitik in großem Maße. Sie ist im Unterhaltungsroman genau so zu Hause wie in der humoristischen Ede und im Kreuzworträtsel und kommt selbst im Inserat noch deutlich genug zum Vorschein, von Buch, Film, Radiotext und gesellschaftskritischen Betrachtungen gar nicht erst zu reden. Wer eine bürgerliche Zeitung zu lesen versteht, wird finden, daß sich hier eine große Zentralidee durchzieht, die sich wie von selbst dem Gehirne des Lesers einprägt: Die heutige Gesellschaft ist die einzig mögliche, die bürgerliche Welt ist die beste aller Welten!

Glücklicherweise ist die Macht der bürgerlichen Presse nicht unbegrenzt. Trotz geringerer Zahl und Auflageziffer ist der sozialistische Zeitungsapparat ein immerhin beachtenswerter Faktor. Anders sieht die Sache schon beim Film, weil dieses Mittel neuerzeitlicher Massenbeeinflussung sich so gut wie ausschließlich in kapitalistischen Händen befindet. Daß das Kino in weitem Maße zur Propaganda bürgerlicher Klasseninteressen verwendet wird, zeigt sich nicht etwa nur in militärischen und nationalistischen Tendenzfilmen, wie wir sie eine Zeitlang fernweise erlebt haben. Die sichtbare Tendenz ist noch die verhältnismäßig ungefährliche. Bedenklicher ist natürlich der sogenannte „neutrale“ Gesellschaftsfilme mit seinem so charakteristischen „Happy end“, das keineswegs einer an sich nicht ungläubigen Ideenwelt bürgerlicher Filmautoren entspringt. Rein, hierin liegt System, weil die glückliche Endlösung im Filmdramatischen Konflikt dem Zuschauer die Suggestion vermitteln soll: Nur eine bürgerlich-optimistische Weltanschauung ist angebracht! Es liegt an dir, daß du es in dieser Gesellschaft zu etwas bringst!

Man wird vielleicht einwenden, daß es auch „gute“ Filme gibt,

die sich sehen lassen können. Niemand bezweifelt das. Aber hier ist vom Filmbetrieb als einem Gesamtkomplex die Rede, dem natürlich eine bestimmte Klassentendenz innewohnt. Das gleiche erleben wir übrigens beim Rundfunk, der sich dank einer rapiden technischen Entwicklung in kurzer Zeit zu einem riesenhaften Bildungsapparat entfaltete konnte. Indes, die Technik bildete nur die Voraussetzung dafür, daß es so kam. Mit sicherem Instinkt haben die herrschenden Schichten dieser Institution bemächtigt und durch Staatsmonopol jede private (soll heißen: proletarische) Einflusnahme so gut wie auszuschalten gemußt. Es soll nun durchaus nicht behauptet werden, daß der Rundfunk sich parteipolitisch im buchstäblichen Sinne des Wortes betätigt. Man kann sogar noch einen Schritt weitergehen und den meisten Sendergruppen das Zugeständnis machen, daß sie ehrlich bemüht sind, soziales Jedem das Seine zu geben. Aber erstens einmal ist das in einer Klassengesellschaft an sich unmöglich und außerdem kann niemand aus seiner Haut heraus. Der Rundfunk in seiner heutigen Struktur

ist von Hause aus gar nicht imstande, sein bürgerliches Ich zu verleugnen. Ein Beispiel aus den letzten Tagen — übrigens ein Beispiel von unzähligen — soll das verdeutlichen. Bei einer heiteren Abendveranstaltung wird ein „humoristischer“ Chedialog gefendet, bei dem die Dame des Hauses den teuren Gatten beschwört, er möchte ihr zu den bereits vorhandenen 20 kostbaren Gesellschaftskleidern noch ein 21. gewähren, das sie eben gerade zu einer bestimmten Gelegenheit ihrer Meinung nach dringend benötigt. Sicherlich hat sich die Funktionäre bei der Sendung dieses „harmonischen“ Intermezzos nichts gedacht. Sie hat vor allem nicht daran gedacht, daß wir nach der amtlichen Statistik rund 3 Millionen Erwerbslose zu verzeichnen haben! Der Kontrast zwischen der inneren Haltung einer solchen Szene und der sozialen Wirklichkeit ist derart löhrend, daß sich darüber jedes weitere Wort erübrigt. Das ist es, was wir bürgerliches Klassendenken nennen. Aus solchem Klassendenken aber ergibt sich zwangsläufig der Charakter der heutigen Massenbildung. Arthur Goldstein.

## Fritz Müller-Partenkirchen: Die Leiter

Wie ich als Kaufmannslehrling anfing, hatte ich am ersten Arbeitsschweren Lehrtag ein Gefühl. Sprüche ich „geschmolzen“ hieß ich's Bijon. Mein Freund der lange Gungelmann, dem ich's erzählte, hieß es eine Schnapsidee.

Wie kam mein Leben vor wie eine Leiter. Ich durfte auf die unterste der Sprossen treten. Ueber mir, himmelan bis Wolkenhöhe — Sprossen, Sprossen, Sprossen. Die meisten für mich sicher unerreichbar. Ich werde froh sein müssen, wenigstens ein paar von ihnen zu erklimmen. Jahrelang auf einer ersten großen Sprosse stehen zu müssen, unter einem nichts als harte Erde — ich schloß nicht gut in jener ersten Lehrnacht.

In der zweiten wußte ich's schon besser: Unter meiner ersten Sprosse waren andere Sprossen, die ich hatte überspringen dürfen. Ausgehersprossen, Aktienlebersprossen, Fuhrrechtsprossen, Fußsraupprossen — wenn mein Biß noch unten mich nicht trug: Die Leiter reißte unter meinen Füßen nicht viel länger in die Tiefe, als sie über meinem Kopf sich in den Himmel reckte. In der Mitte stand ich, nicht am Anfang.

Der Sprosse unter mir, der Ausgehersprosse, durfte ich schon sagen: „Dahin gehen Sie, Herr Professormann, und dorthin.“ Reicherfüllte Augen sahen zu mir auf.

Gleich darauf scholl es von der nächsten Sprosse über mir: „Stift, schreiben Sie geschwind ein Duplikat zu diesem Primawechsel.“ Reicherfüllte Augen sahen zu ihm auf, dem Kontorrentbuchhalter Förstner.

Der Reiz verflachte, als ich es über der Kontorrentbuchhalter-sprosse von der Hauptbuchhalter-sprosse her befehlen hörte: „Wie lange, Förstner, meinen Sie, daß meine Bilanz auf Ihren Debitorenkonto wohl noch warten soll?“

Noch weiter her kam eine Prokuristenstimme. In der zweiten Lehrnacht träumte mir, einmal würde meine Stimme auch von einer Prokuristen-sprosse abdröhnen.

Am dritten Lehrtage aber hörte ich von fern des Basses Grundgemalt von einer Direktoren-sprosse. Flugs träumte mir in meiner vierten Lehrnacht, ich selber würde einmal diese tiefe Stimme auf der Höhe haben.

Am nächsten Lehrtage aber witterte es von einer Generaldirektors-sprosse. Jaghaft nur verstieg sich mein nächster Traum in diese Wolkenhöhe, wo man Wolkenwand an Wolkenwand wohl mit dem lieben Gott logierte.

Ich irrte mich. Ueberm lieben Gott näselte die unzufriedene Stimme eines Aufsichtsratspräsidenten. Das war wohl der Leiter Ende.

Ich irrte mich zum zweitenmal. Wir hatten eines Tages Ge-

neralversammlung. Ein Mann im Ledertrock meldete sich zum Wort. „Wer sind Sie, und wieviel Aktien vertreten Sie?“ herrschte ihn der Aufsichtsratspräsident an.

„Ich heiße Woltermann und besitze die Majorität des Aktienkapitals.“

Ich sah wie auf einer Leitersprosse einen Menschen so zusammenknicken, wie den Vorhingen unseres Aufsichtsrats.

Mein erster Urlaub kam. Ich kletterte auf einen hohen Berg. Als ich droben ankam, spie eine Bergbahn Hunderte von Menschen aus. Sie wollten alle übernachten. Ich natürlich im Touristenhaus. Es war voll. Man gab mir schließlich im Hotel unten ein Bett. Auf dem gleichen Speicher schlief das Personal.

Spät hinter Mitternacht ein Poltern auf der Treppe und ein Rädchenkreisel. Ich fuhr in meine Kleider, tappte nach der Treppe, knipste eine Lampe an, da lag ein Zimmermädchen, arbeitsübermüdet. Verrenteter Knöchel am Fuß, der treppauf, treppab gefahren war, wenn man den Zimmerdienst in einem Tag abdiente. Leichlich siebenmal die Stiege aus dem Tal zur Bergeshöhe.

Sie konnte keinen Schritt mehr gehen. Ich trug sie in die Mädchenkammer. Raum daß zwei andre Mädchen drinnen schliefen, nach uns sahen. Möglich brach's aus der Gebrochenen: Weinen, Klagen, Heulen. Ueber dreifachmal habe es aus Zimmer einunddreißig geläutet. Ein Ehepaar darin, Schmerzreich. Die Frau bequiem: „Fräulein, öffnen Sie den Warmwasserhahn!“ „Fräulein, drehen Sie das Licht an, bitte!“ „Wieder Säuten!“ „Fräulein, der Saft tropft doch, bitte!“ „Säuten!“ „Fräulein, Äh! das arme Hündchen stöhnt, geben Sie ihm diese Tröpfchen ein.“ Sie machte eine Pause: „Wer“, schrie sie plötzlich, „wer — Fifi oder ich — wer ist der Hund, Herr, wer?“ Sie machte eine zweite Pause, eine nachdenkliche: „Einer hat's noch schlechter, Herr — ihr Mann.“

Untern Weinen und Erzählen schlief sie ein. Ich schlich hinaus. Am andern Morgen strahlender Sonnenschein. Ich sah das Zimmermädchen auf dem Bergkamm. Ausserhalb, strahlend wie die Sonne und verängelt: Einen halben Tag lang dienstfrei.

Wir schauten aufs Hotel hinab. Aus dem Tore wälzte sich eine mißvergnügte Kugel. Ich schaute Fräulein Grete an: „Nicht wahr, das ist sie?“

Sie nickte, indes der Mann da unten müde hinterherkam. Er trug eine Ledensjoppe: „Woltermann!“ entfuhr's mir.

„Sie kennen ihn, den Armer?“

„Allerdings. Er hat die Aktienmehrheit in dem großen Syndikat Germania —“

„Wie, in welchem meine Mutter Pufffrau ist?“

Ich habe selber allen Leitersprossen verloren.

## Rudolf Schildkraut gestorben

Wie aus Baltimore gemeldet wird, hat der Schauspieler Rudolf Schildkraut gestern im Alter von 67 Jahren einen Herzschlaganfall erlitten, an dessen Folgen er heute im Heim seines Sohnes Josef gestorben ist.

Seit Jahren lebte Rudolf Schildkraut in Amerika. Er spielte an New-Yorker Borgebieten, und die Geparader konnten ihn nur noch aus dem Film. „Der Vandal“, „Seine Söhne“ oder „Die neue Heimat“ legten Zeugnis ab von der großen und verinnerlichten Gestaltungskraft dieses Schauspielers.

Was brachte Schildkraut? Das Kindliche, Vertrauende im Manne. Der Kern des Vandalen oder des kleinen Ostjuden, der in New York eine neue Heimat findet, ist das Vertrauen, das Güte und die große Liebe zum Kinde, zur Familie, und dieser Kern umhüllte sich auch im Schloß oder im König Leor, die er vor Jahren, um 1908 herum, im Deutschen Theater unter der Regie Max Reinhardts spielte. Bestimmt war Albert Bassermann an derselben Stelle in denselben Rollen härter, prägnanter, durchglüht von einem herberen und dabei doch stürmischeren Temperament, aber er hatte nie, wie einmal Alfred Kerr über seinen Schloß schrieb, eine Tochter verloren, und gerade hier begann der Darstellungsbereich Schildkrauts.

Schildkrauts Schloß brach zusammen, als Jessica ihn verließ. Schildkrauts Leor war peinigend in dem Augenblick, da Goneril und Regan gegen ihn aufstanden. Für ihn war es etwas Unfassbares, daß sich ein Kind gegen den Vater empört. Sein Ostjudentum, verankert in der Familie und in der Tradition, kam hier ungehemmt zum Durchbruch. Und auf dieser Ebene bewegten sich seine Menschen bei Hejermans oder in Schalom Ahas Chetotragödie „Der Gott der Rache“.

Aber dieses Gefühl, dieses plötzlich aufklobernde Temperament verbergte sich hinter einer Weltanschauung, die die Dinge humorvoll betrachtete, gütig lächelnd und verstehend. Die letzten Filme zeigen Schildkraut nur noch von dieser Seite.

Sein Rollenkreis war jedoch weiter gespannt. Schildkraut, der zur Zeit von Reinhardts Anfängen im Deutschen Theater zu den besten Mittelliedern des Ensembles gehörte, blieb durch und durch eine Schauspielernatur, ein Mensch, der aus einer großen, unbroughten Realität schöpfte, ein Komödiant mit der Freude im Spielen, an der Rolle, an der Komödie Koliban und Autolykus im „Wintermärchen“ sind aus diesem Geist heraus gestaltet, und auch der Repräsentant verandelt sich bei Schildkraut in einen spielerischen Komödianten, in den Sokrates.

Und hier liegen die Grenzen von Schildkrauts Begabung. Es

fehlt diesem Repräsentanten alles zum Dämon und alles zum eleganten, septischen Kavalier, und es fehlte Schildkraut sehr viel zum großen, genialen Gestalter, wenn die Figur der eigenen Persönlichkeit nicht entsprach. Denn Schildkraut spielte trotz vieler Arabesken nur aus sich selbst heraus, aus einem etwas primitiven Ich, aus einer Leidenschaft, die eine ruhige Objektivierung nicht kannte. F. Sch.

## Ein Hormon gegen hohen Blutdruck

Professor Dr. Karl Emil Frey, der langjährige Mitarbeiter von Professor Dr. Sauerbruch, machte vor einer Ärztesammlung im Langenbeck-Birchow-Haus zu Berlin die aufsehenerregende Mitteilung, daß es ihm gelungen sei, als inneres Sekret der Bauchspeicheldrüse ein Hormon gegen den erhöhten Blutdruck zu entdecken. Die Bauchspeicheldrüse hat schon bisher in der Medizin eine erhöhte Bedeutung dadurch erlangt, daß aus den Inseln dieser Drüse bekanntlich das Insulin zur Behandlung der Zuckerkrankheit gewonnen wird. Die Versuche wurden von Professor Dr. Frey gemeinschaftlich mit dem Privatdozenten Professor Dr. Bauer unternommen, dem Assistenten des berühmten Gelehrten Professor Dr. Wilschütter. Von ihnen gemeinsam wurde ein bisher unbekannter Stoff isoliert, der für die Regelung des Blutdrucks des Menschen von größter Bedeutung zu werden verspricht. Hauptächlich interessiert die Gewinnung dieses neuen Hormons die Allgemeinheit deshalb, weil der erhöhte Blutdruck eine weit verbreitete Erscheinung, besonders bei Menschen in höheren Lebensaltern, ist. Sobald man das Sekret den Menschen einspritzt, werden die kleinsten Gefäße der Haut und Muskulatur erweitert und der krankhaft erhöhte Blutdruck sinkt sehr schnell ab. Fernerhin wird zugleich die Herzstätigkeit verbessert, die bei erhöhtem Blutdruck häufig zu wünschen übrig läßt, und die das Herz versorgenden Blutgefäße werden besser durchblutet.

Das Pharmakologische Institut der Universität Berlin ist der Ansicht, daß die bei der Behandlung der Menschen mit hohem Blutdruck zur Anwendung kommenden Mengen dieses Hormons, das übrigens von Menschen täglich in beträchtlicher Menge ausgeschieden wird, unschädlich sind. Das Hormon konnte schon nach Einheiten freigelegt werden, so daß die Behandlung nach einer bestimmten Menge von Einheiten möglich ist. Da durch das Hormon eine stärkere Durchblutung erzeugt wird, so können mit ihm Kreislaufstörungen behandelt werden, die durch zu geringe Durchblutung hervorgerufen werden und eine Anzahl von Erkrankungen der Blutgefäße, bei denen es bisher eine erfolgreiche Behandlung, trotz aller Bemühungen, nicht gab.

## Deutschland für Europa.

### Reichsregierung antwortet Briand: Reform der politischen Grundlagen / Private Verständigung der Wirtschaft / Unantastbarkeit des Völkerbundes / Keine neuen Organe / Weiterberatung in Genf

Die Antwort der Reichsregierung auf das französische Memorandum über die Bildung eines europäischen Bundes wurde gestern nachmittag vom deutschen Botschafter in Paris übergeben. Sie hat folgenden Wortlaut:

„1. Die Gemeinsamkeit europäischer Interessen hat die Staaten Europas im vergangenen Herbst zu einer ersten Beratung zusammengeführt. Die Motive, welche die deutsche Regierung damals zur Mitwirkung bewegen haben, bestehen für Deutschland fort. Die Länder Europas, weit entfernt von einem Zustand ruhiger Ausgeglichenheit, sind mit Spannungen und Gegensätzen der verschiedensten Art befaßt. Die gesamte gegenwärtige Gestaltung des Kontinents in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht hemmt die Entwicklung, die den natürlichen Lebensbedingungen der Völker entsprechen würde. Die Folgeerscheinungen treten auf materiellem und moralischem Gebiet immer deutlicher zutage. Das zwingt die europäischen Regierungen zur Ueberlegung, welche Möglichkeiten vorhanden sind, um den drohenden Gefahren durch solidarische Maßnahmen zu begegnen.

Die deutsche Regierung hat es daher mit Genugtuung begrüßt, daß die französische Regierung in ihrem Memorandum das europäische Problem in seinen Einzelheiten zur Diskussion gestellt und ihre eigene Auffassung darüber mitgeteilt hat. Daß jedes Land die gestellte Aufgabe von seinem Standpunkt aus unter einem anderen Gesichtswinkel sieht, ist nur natürlich. Kein Land kann die Mängel der Struktur Europas stärker empfinden, als Deutschland, das, in der Mitte des Kontinents gelegen, von diesen Mängeln und ihren Auswirkungen in besonders hohem Maße berührt wird.

Kein Land hat an der Beseitigung dieser Mängel ein höheres Interesse als Deutschland. Die deutsche Regierung wird daher bereitwillig an der Lösung des Problems mitarbeiten und stellt sich für eine eingehende Beratung während der Tagung des Völkerbundes im Herbst dieses Jahres zur Verfügung. Sie sieht das Endziel darin, im Geiste der Verständigung eine

**mutige Reform der einmal als unhaltbar erkannten Verhältnisse ins Auge zu fassen**

und so eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen, die nur auf den Grundfähen der Gerechtigkeit und Gleichheit beruhen kann.

2. Es bedarf zunächst der Feststellung, welche Gegenstände der internationalen Beziehungen für eine spezifisch europäische Regelung in Betracht kommen. Bei der Prüfung dieser Frage muß mit größter Sorgfalt vorgegangen werden. Jede Spitze gegen andere Länder oder Kontinente ist zu vermeiden. Die Wechselwirkung zwischen den europäischen und den außereuropäischen Ländern ist auf manchen Gebieten stärker als die Wechselwirkung innerhalb Europas. Solche internationalen Beziehungen einschränken zu wollen, wäre verfehlt.

**Es darf nicht geschehen, daß einzelne europäische Länder der europäischen Zusammenarbeit entfremdet werden.**

Dazu kommen die Schwierigkeiten, die sich aus der staatsrechtlichen und zollpolitischen Verbindung einzelner europäischer Staaten mit außereuropäischen Gebieten ergeben. Ein europäisches Programm müßte daher materiell und geographisch so elastisch wie möglich gestaltet werden. Auch der Ausschluß solcher europäischer Länder, die nicht dem Völkerbund angehören, wie Rußland und die Türkei, widerspräche der bisher mit Recht geübten Praxis.

3. Die französische Regierung betont die Notwendigkeit, die europäische Aufgabe von der politischen Seite aus in Angriff zu nehmen und erst nach Erfüllung bestimmter politischer Voraussetzungen an die wirtschaftlichen Probleme heranzutreten. Die deutsche Regierung kann der französischen Regierung insofern durchaus zustimmen, als auch sie davon überzeugt ist, daß

**die Notlage Europas ihre Ursachen in hohem Maße in der gegenwärtigen politischen Gestaltung unseres Kontinents hat.**

Deshalb kann in der Tat, wenn man die bestehenden Schwierigkeiten wirklich von Grund aus beseitigen will, an diesen politischen Ursachen nicht vorbeigegangen werden. Die deutsche Regierung kann ihre Ansicht darüber, in welcher Richtung die Lösung dieser politischen Probleme zu suchen ist, als bekannt voraussetzen. Sie hat ihre Auffassung bei den verschiedensten Gelegenheiten dargelegt und braucht in dieser Beziehung nur an ihre Stellungnahme

bei den Diskussionen über die Fragen der Sicherheit, der Abrüstung, der nationalen Minderheiten und des Ausbaues einzelner Artikel des Völkerbundes zu erinnern. Das eine möchte die deutsche Regierung indes auch heute besonders betonen: alle Versuche einer Besserung der politischen Lage in Europa werden davon abhängen, daß

**die Grundfähen der vollen Gleichberechtigung, der gleichen Sicherheit für alle und des friedlichen Ausgleichs der natürlichen Lebensnotwendigkeiten der Völker zur Anwendung kommen.**

Wo bestehende Verhältnisse diesen Grundfähen widersprechen, müssen wirksame Mittel für ihre Aenderung gefunden werden. Es wäre aussichtslos, ein neues Europa auf einem Fundament aufzubauen zu wollen, das der lebendigen Entwicklung nicht standhalten würde.

4. Unabhängig von politischen Erwägungen sind auf rein wirtschaftlichem Gebiete zweifellos Möglichkeiten gegeben, die im Interesse des europäischen Fortschritts geprüft und genutzt werden müssen. Eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiete sollte nicht von der Schaffung größerer Sicherheit abhängig gemacht werden. Umgekehrt wird

**gerade die wirtschaftliche Verständigung wesentlich zur Befestigung des Bewußtseins der Solidarität und damit des Gefühls der Sicherheit beitragen.**

Die Unerreichung der europäischen Wirtschaftsnot wird von der Krise der Landwirtschaft und der Abwärtstendenz der Industrie ausgehen und Mittel und Wege suchen müssen, um größere Marktgebiete zu gewinnen, und um den Austausch der Güter zwischen den vorwiegend agrarischen und vorwiegend industriellen Gebieten Europas zu erleichtern.

Enttäuschungen über die Ergebnisse der bisherigen Bestrebungen und Rückschläge nach der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 dürfen nicht zur Passivität verleiten, zumal da es sich um Anfangsversuche handelte und die besondere wirtschaftliche Situation der letzten Jahre den Bestrebungen nicht günstig war. Die deutsche Regierung hält es daher für angebracht,

**die Bemühungen um die Erleichterung der europäischen Wirtschaft, insbesondere der europäischen Zollpolitik, fortzusetzen.**

Sie verweist hierfür neben der Aufzählung in Kapitel IV des Memorandums der französischen Regierung auf die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz und das Protokoll für künftige Verhandlungen vom 24. März 1930. Bei der Behandlung des europäischen Wirtschaftsproblems dürfen indes nach Ansicht der deutschen Regierung folgende Gesichtspunkte nicht außer acht gelassen werden:

So notwendig es ist, daß die Regierungen selbst das europäische Problem in die Hand nehmen, so können doch Regierungsmassnahmen allein dem notleidenden Europa nicht helfen. Es wird weite Gebiete geben, wo die Wirtschaft selbst die Aufgabe in Angriff nehmen muß.

**Die unmittelbare Verständigung bestimmter Wirtschaftszweige aus privatwirtschaftlicher Grundlage**

bleibt ein Arbeitsfeld, dem in der Neuordnung des wirtschaftlichen Europa ein wichtiger Platz anzuweisen ist. Sogar der Regierungen wird es bleiben, ihre gemeinsame Wirtschaftspolitik mit dem freien Spiel der Kräfte in Einklang zu bringen.

Bei wirtschaftlichen Fragen dürfen militärische Gesichtspunkte nicht in den Vordergrund gestellt werden. Sonst würden wichtige Gruppen der Erzeugung von der Verständigung ausgeschlossen bleiben und dem Ziele einer zweckmäßigen Arbeitsteilung schwere Hemmnisse in den Weg gelegt werden.

Es müssen alle Folgen in Betracht gezogen werden, die sich aus der besonderen Lage einzelner Länder, namentlich aus ihrer sozialen Struktur und aus ihrer durch den Krieg bedingten finanziellen Gesamtbelastung ergeben.

5. In organisatorischer Beziehung betont das Memorandum der französischen Regierung wiederholt mit Recht den engen Zusammenhang, der zwischen der Arbeit des Völkerbundes und der europäischen Gemeinschaftsarbeit bestehen muß. Die deutsche Regierung stimmt der Auffassung zu, daß

**der Völkerbund unter den europäischen Bestrebungen nicht leiden darf.**

Es sollte keine europäische Absonderung eingeleitet werden, die andere Gruppenbildungen im Völkerbund nach sich ziehen könnte. Die Teilnahme aller Völkerbundsmitglieder an den großen Aufgaben aller Kontinente gehörte von Anfang an zu den wesentlichen Zügen des Völkerbundes. Durch eine Neigung zur Gruppierung nach Kontinenten könnte dieses gleichmäßige allgemeine Interesse abgeschwächt und die Struktur des Bundes nachteilig beeinflusst werden. Bei jeder Art engeren europäischen Zusammengehens wird daher die Wirkung auf den Völkerbund genau zu überlegen und nötigenfalls dem Urteil des ganzen Bundes zu unterbreiten sein. Dies gilt um so mehr, als sich der Völkerbund mit seinen wichtigsten Aufgaben, die universalen Charakter haben, immer noch im Anfangsstadium befindet, so daß alles darauf ankommt, ihn in der Richtung dieser Aufgaben zu stärken und deren Lösung vorwärts zu treiben. Auch bei grundsätzlicher Uebereinstimmung in dieser Sorge um den Völkerbund wird man ernstlich bezweifeln müssen, ob ihr praktische Rechnung getragen werden kann, wenn man von vornherein besondere Organe für die europäische Gemeinschaftsarbeit schaffen wollte. Keinesfalls sollte in denjenigen Fragen, die bereits den Gegenstand von Völkerbundsarbeiten gebildet haben oder bilden, eine Aenderung der organisatorischen Methode vorgenommen werden.

6. Die deutsche Regierung möchte sich einstweilen auf die vorstehenden grundsätzlichen Bemerkungen beschränken. Sie sieht danach die nächste Aufgabe darin, zuerst einmal einen Ueberblick über die Materien zu gewinnen, die in europäischer Gemeinschaftsarbeit behandelt werden können und müssen. Sie hofft auf wertvolle Anregungen bei der Zusammenkunft in Genf im September dieses Jahres, zu der auch die europäischen Nichtmitglieder des Völkerbundes und die nichteuropäischen Staaten Zutritt haben sollten. Für diese Zusammenkunft behält sich die deutsche Regierung ihrerseits Erläuterungen und Ergänzungen ihrer eigenen Ausführungen vor. Das dann insgesamt vorgebrachte Material wäre zu sichten und zu einer Verhandlungsgrundlage zu gestalten. Ist der Inhalt der ganzen Aufgabe klar und übersichtlich festgestellt, wird man der Frage der weiteren Behandlung näher treten können.

### Der BMMZ. unnachgiebig.

Arbeitszeit- und Gehaltsverhandlungen gescheitert.

Die Verhandlungen, die gestern zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller (BMMZ.) und den Angestelltengewerkschaften wegen der beabsichtigten Arbeitszeit- und Gehaltskürzung geführt wurden, sind ergebnislos verlaufen. Die Metallindustriellen haben es abgelehnt, den Gewerkschaftsvertretern irgendwelche Sicherungen anzubieten hinsichtlich der Zurücknahme bereits ausgesprochener Kündigungen von Angestellten, der Ueberstundenfrage in den verkürzt arbeitenden Betrieben usw. Ueber die Einzelheiten der Verhandlungen wird heute um 19½ Uhr in der Konferenz der ASt-Funktionäre der Metallindustrie in Havertands-Jessalen berichtet werden, die auch die weiteren Beschlüsse fassen wird.

### Tragikomisches aus Leningrad.

137 000 Arbeiter und Angestellte verschwunden.

Man stelle sich vor: In Leningrad sind eines schönen Tages 137 500 Arbeiter und Angestellte spurlos von der Erdoberfläche verschwunden, — schwarz auf weiß in der „Roten Zeitung“ vom 4. Juli zu lesen. Diese grauenhafte Entdeckung wurde unter folgenden Umständen gemacht: Es sollte die Anleihe „Der Fünf-Jahresplan in vier Jahren“ von den Arbeitern und Angestellten Leningrads untergebracht werden. Es galt also festzustellen, in welcher Weise die Anleiheanteile in den verschiedenen Rayons und Fabriken zu verteilen seien.

Laut Berechnung der Kommission mußte die Zahl der Arbeiter und Angestellten, Mitglieder der Gewerkschaften 740 000 betragen, die Bezirke behaupteten jedoch, daß es nicht mehr als 576 500 seien. So z. B. ergab allein schon der Wolodarske Rayon ein Minus von 32 000 Mann, der Moskauer und Narische Rayon ein Minus von 79 000. Das gleiche Resultat ergab die Nachprüfung der Zahlen nach einzelnen Fabriken. In dem „Kolen Builoweh“ waren plötzlich 2000 Arbeiter verschwunden. In der Fabrik „Elektrik“ 1200; in der Fabrik „Elektroapparat“ 800 usw. usw.

Alles Suchen nach den verschwundenen 137 500 Arbeitern und Angestellten blieb erfolglos. Heute, sagt das Blatt, sollte eine Versammlung der Mitglieder der Anleihe-Kommission stattfinden zwecks weiterer Feststellungen, wo die verschwundenen 137 500 Menschen geblieben sind. So sieht also die Statistik in Leningrad aus. Welchen Wert unter solchen Umständen die statistischen Zahlen haben mögen, kann man sich wohl denken.



## Ferien, Reisen.

Welch eine Lust! Ausspannung vom Alltag. Der Geist ruht aus, aber auch der Körper und nicht zuletzt die Füße verlangen ihr Recht. Tragen Sie daher nur:



# SALAMANDER

DAS BEWAHRTE ERZEUGNIS DER GRÖSSTEN DEUTSCHEN SCHUHFABRIK



# Ungünstiger Außenhandel.

## Soll der Reichstag neue Industriezölle durchpeitschen?

Der deutsche Außenhandel hat im Verhältnis zum Außenhandel der übrigen Weltmarktländer bisher eine große Widerstandskraft bewiesen. Deutschlands Anteil am Weltmarkt ist relativ am wenigsten zurückgegangen. Man muß aber beachten, daß nach den neuesten Ziffern des Statistischen Reichsamts auch im Juni dieser Rückgang sich fortgesetzt hat. Der gesamte Umfang des deutschen Außenhandels ist im Juni auf 1723 Millionen (Einfuhr und Ausfuhr zusammen, Reparationen abgerechnet) weiter gesunken gegen 1859 Millionen im Mai, 1814 Millionen im April, 1927 Millionen im März und 1943 Millionen im Februar dieses Jahres. Die Kurve zeigt also abwärts.

Im Juni ist die deutsche Einfuhr weiter von 830 Millionen auf 814 Millionen gesunken, die Ausfuhr ist von 1006 Millionen auf 910 Millionen (darin 51,8 Millionen Reparationslieferungen), also um rund 186 Millionen Markt gesunken. Der Ausfuhrüberschuß des Mai von 166 Millionen ist auf rund 100 Millionen zurückgegangen. Dabei ist zu beachten, daß der Juni immer ein ausfuhrschwacher Monat ist und daß auf der Einfuhrseite gewisse, noch nicht veröffentlichte Einfuhren hinzuzuzählen sind, so daß zwar der Ausfuhrüberschuß noch etwas geringer, das Außenhandelsvolumen aber etwas größer anzusehen wäre.

Warengruppen	Einfuhr 1930		Ausfuhr 1930	
	Juni	Mai	Juni	Mai
1. Lebensmittel und Getränke	7.504	8.126	4.991	6.905
2. Rohstoffe und halbfertige Waren	214.087	209.192	48.113	79.875
3. Fertige Waren	440.644	458.500	137.171	208.346
4. Wertlose Waren	180.823	139.201	609.958	813.233
Wohlfahrtswaren	813.830	890.190	910.252	1.005.459
Wohlfahrtswaren Reparationslieferungen	—	—	51.772	78.765
5. Gold und Silber	33.794	31.928	2.417	3.985
Zusammen:	847.424	892.073	912.620	1.999.494

Die Einfuhr von Getreide und Getreideprodukten ist um 13,9 Millionen, die von Baumwolle um 9,2 Millionen, die von Mineralölen um 5,4 Millionen gesunken. Die Einfuhr von Wolle hat um 9,6 Millionen zugenommen.

Besonders charakteristisch für den westwirtschaftlichen Krisencharakter der Juni-Ziffern ist die Gestaltung der Fertigwarenausfuhr. 76 Proz. des gesamten Ausfuhrückgangs entfallen auf Fertigwaren, deren Abfall gegenüber Mai von 813 Millionen auf 670 Millionen abfiel. Der Rückgang der Fertigwarenausfuhr betrifft vor allem die Textilfertigung (— 25,3 Millionen), die Ausfuhr von Wasserfahrzeugen (— 24,4 Millionen), Walzwerkzeugnisse und sonstige Eisenwaren (— 19,3 Millionen), chemische und pharmazeutische Erzeugnisse einschließlich Farben (— 12,1 Millionen), nichtelektrische Maschinen (— 12,1 Millionen), elektrotechnische Erzeugnisse (— 6,8 Millionen). In erster Linie sind es also Produktionsmittel, die der Weltmarkt weniger aufnimmt und durch deren Abfallrückgang die Weltwirtschaftskrise auch die deutsche Industrie kräftigt.

### Zollerhöhungen am laufenden Band?

Nachdem der Reichswirtschaftsrat sich ungefähr ein halbes Jahr lang mit einer Fülle von industriellen Zollerhöhungsanträgen befaßt hat, scheint beabsichtigt zu sein, nach diesen Verhandlungen, die teilweise zur Ablehnung der Zollanträge, teilweise aber auch zur Befürwortung von Zollerhöhungen geführt haben, ohne jede Prüfung zahlreiche Zollerhöhungsanträge im Reichstag noch vor den Ferien durchzusetzen. Daß eine solche Erledigung von steigenden Zolländerungen, die in ihrer Gesamtheit ohne Zweifel geeignet sind, die Tendenzen zu Preiserhöhungen im Gegensatz zu dem verkündeten Regierungsgel der Preislenkung zu stärken, nur möglich ist, wenn auf

eine ernsthafteste sachliche Durchberatung der einzelnen Positionen verzichtet wird, kann keinem Zweifel unterliegen.

Der Reichswirtschaftsrat konnte bei dem Druck auf Beschleunigung, der von der Regierung und vom Reichstag auf ihn ausgeübt worden ist, der Regierung nur die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Positionen mitteilen ohne Begründung des Standpunktes der jeweiligen Mehrheit und Minderheit. Da nun die Mehrheiten für manche Zollerhöhungsanträge außerordentlich knapp waren und da erfahrungsgemäß in solchen Fällen im Reichswirtschaftsrat die Frage, ob eine knappe Mehrheit zustande kommt, oft von Zufälligkeiten der Anwesenheit im Ausschuß ab-

# Reichsinitiative für Mansfeld.

## Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Am Dienstagmorgen um drei Uhr begannen im Reichsarbeitsministerium Besprechungen, die die Beflegung der Streitigkeiten im Mansfelder Kupferbergbau zum Ziele hatten. Die Verhandlungen sind nach etwa vierstündiger Dauer auf Donnerstagvormittag vertagt worden.

Im Mansfeldkampf haben, nachdem die Lage der Gemeinden katastrophal geworden ist und Hilferufe immer lauter erklingen, die Reichsregierung und auch die preussische Staatsregierung die Initiative ergriffen. Gestern wurde im Reichsarbeitsministerium verhandelt, um die Möglichkeiten abzutasten, die Kupferbetriebe des Mansfeldkonzerns in irgendeiner Form wieder in Betrieb zu setzen. Die Mitteilungen darüber sind sehr optimistisch. Die Wiederaufnahme der Arbeit wird schon für die aller-nächsten Tage erwartet.

Nach den bisherigen vorliegenden Nachrichten läßt die Vermittlungsaktion des Reichs auch den Gedanken ins Auge, vorübergehend, jedenfalls während der außerordentlichen Pause der Kupferpreise, den Mansfeldkonzern mit einer öffentlichen Geldhilfe zu unterstützen. Unklar ist noch, ob und wie Breußen sich dabei beteiligen wird. Man ist offenbar auf den Gedanken einer materiellen Subvention für die Kupferbetriebe des Mansfeldkonzerns durch die Ueberlegung gekommen, daß die an die ausgesperrten Belegschaften zu zahlenden Unterstützungen erheblich größer sind als jeder eventuell an die Mansfeldbetriebe zu zahlende Subventionsbetrag, so daß es sich in einem gewissen Sinne um eine Subvention von produktivem Wert handelt.

Die Absichten der Reichsregierung scheinen zunächst für die Zeit vom 13. Juli bis 31. Dezember d. J. einen vorübergehenden Zuschuß nach dem Stand der Kupferpreise und ferner einen festen Zuschuß vorzusehen, und zwar für die nach einem gewissen Lohnabzug noch verbleibenden Betriebsverluste. Die Mansfeld U. G. ihrerseits scheint sich bereit erklärt zu haben, zur Prüfung der Selbstkosten und zur dauernden Kontrolle der Rentabilität für den Fall der Subvention die Kupferbetriebe in einer besonderen Gesellschaft zu vereinigen. Insgesamt scheint eine Summe von monatlich 15 Millionen oder jährlich 6 Millionen Markt als Subvention ins Auge gefaßt zu sein. Ueber die Ergebnisse dieser Vorläufe läßt sich im gegenwärtigen Augenblick noch nichts sagen, die gestern mit den Parteien aufgenommenen Verhandlungen werden in den nächsten Tagen fortgeführt werden.

Der interessanteste Punkt dieser Vorläufe ist natürlich die Höhe und die Art der materiellen Subventionen. Wenn die Ziffer von 6 Millionen jährlich richtig ist, so entspricht das ungefähr

hängig ist, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Reichstag, wenn er sich seiner Verantwortung bewußt ist, die Pflicht hat, die Entscheidungen und die Verhandlungsprotokolle des Reichswirtschaftsrats lediglich als Material für eine gründliche eigene Meinungsbildung zu benutzen.

Das ist um so notwendiger, als eine Häufung von industriellen Zollerhöhungen in diesem Augenblick, abgesehen von ihren möglichen Wirkungen auf das Preisniveau, auch die Gefahr sehr unerwünschter Rückwirkungen auf unser Handelsvertragsystem ausüben könnte. Es wäre unverantwortlich, wenn angesichts dieser Lage der Reichstag im Sturmtempo der letzten Verhandlungslage über eine Fülle von Zollanträgen gleichsam am laufenden Bande entscheiden würde. Einer Reizung, in dieser Weise den Wünschen einiger industrieller Interessengruppen nachzukommen, müßte mit aller Schärfe entgegengetreten werden, denn das mindeste, was jede Reichstagsmehrheit anerkennen sollte, ist, daß bei Zollbeschlüssen nicht die ernsthafteste Beratung der Stichtigkeit zum Dyer gebracht wird.

3½ Cents auf ein englisches Pfund Kupfer von rund 450 Gramm. In der Tat werden an die im Kupferbetrieb ausgesperrten Belegschaften wahrscheinlich etwa doppelt so hohe Unterstützungen gezahlt als die ins Auge gefaßte materielle Reichs- und Staatshilfe beträgt. Wenn man aus sozialen und politischen Gründen sich zu der Subvention verstehen will, dann muß sie natürlich begrenzt, scharf kontrolliert und auf das niedrigst-mögliche Maß bemessen sein. Es würde auch nicht angehen, daß etwa die übrigen Konzernbetriebe nicht zur Deckung von Verlusten in den Kupferbetrieben herangezogen würden. Es muß auch heute noch, trotz der neuerlichen Senkung der Kupferpreise, das feinerzelt von der Mansfeldverwaltung aufgestellte Notprogramm, das bekanntlich die Forderung einer 15prozentigen Lohnsenkung enthält, als übertrieben und unvernünftig bezeichnet werden; im Zusammenhang mit der beabsichtigten materiellen Unterstützung müßte es auf das genaueste geprüft werden. Wir haben sichere Anhaltspunkte dafür, daß einschließlich Nebenprodukten die Mansfeld U. G. die Kosten ihrer Kupferbetriebe bei einem Preise von etwa 16 Cents ausgleichen kann. Da wir gegenwärtig einen Preis von annähernd 12 Cents haben, würde eine Subvention wie die geplante diese Differenz schon weitgehend decken. Wenn das Notprogramm der Mansfeld U. G. darüber hinausgehende Forderungen aufstellt, so wären diese Mehrforderungen als unberechtigt abzulehnen, was insbesondere hinsichtlich der Lohnfrage zu beachten ist.

### Kommt ein europäischer Kupferblock?

#### In England wird eine 200 000-Tonnen-Kupferhütte gebaut

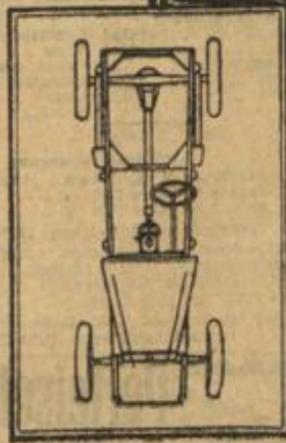
In letzter Zeit entwickeln die maßgebenden europäischen Metall- und Kupferkonzerne eine bemerkenswerte Aktivität auf dem Gebiete der Kupferverhüttung. Die Bindungen zwischen dem Metallbank-Konzern, Hoch-Kupfer-Halberstadt, der belgischen Katanga-Gruppe, der englischen Imperial Chemical Industries und den britischen Kupfergesellschaften sind in letzter Zeit immer enger gestaltet worden, mit dem möglichen Ziel, im internationalen Kupfer-Kartell die Amerikaner zu schwächen. Jetzt wird ein englischer Plan bekannt, nach dem in der Gegend von Liverpool eine große Kupferhütte gebaut werden soll, die auf elektrolytischem Wege jährlich 200 000 Tonnen Raffinadkupfer gewinnen soll, also mehr als die englische Industrie vorerst verarbeiten kann.

Das Rohmaterial für diese Hütte wird von den britischen



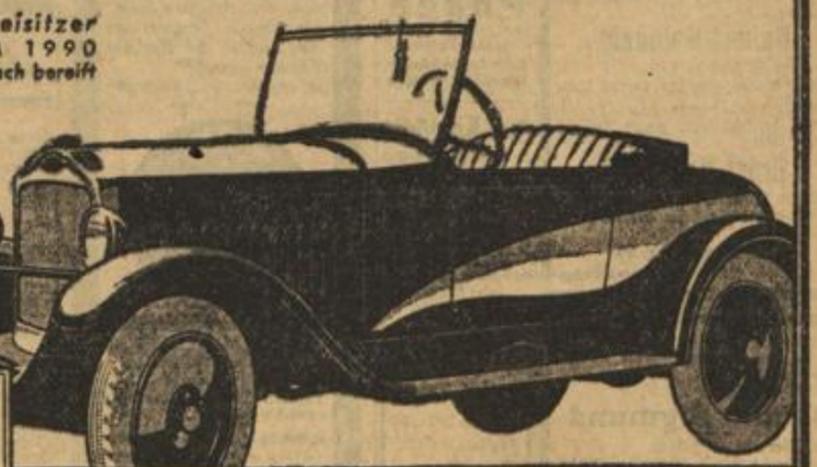
## Warum sich zwei Drittel aller Käufer von Autos „unter 3000 Mark“ für Opel entscheiden . . .

... weil Opel schon für 1990 RM ein richtiges Automobil herausbringt - mit einem kräftigen 4 Zylinder 4 Takt-Motor! - weil sein Radstand 10-33 % länger ist, als der anderer Serienwagen dieser Klasse - weil seine Spurweite 16 % breiter - weil seine Tragkraft 20 % größer - weil der 1,01 Liter 4 PS Opel mit Automobil Ballon Reifen (nicht mit Motorrad Reifen!) ausgerüstet ist - und - weil er für 4 Erwachsene (nicht nur für 3 oder 3 ½ Personen) gebaut ist - also 33 % mehr befördert! ... Er ist genügend



Radstand: 2510 mm

Zweisitzer  
RM 1990  
5-fach bereift



lang - er ist genügend breit - er ist genügend groß - und wirklich bequem! Das kann man zwar auch von anderen Wagen dieser Klasse - behaupten, aber nicht mit den gleichen Tatsachen belegen! Daraus erklärt sich: 1. die Überlegenheit - 2. die Verbreitung des Opel 4 PS . . . Besuchen Sie unseren nächsten Händler - er hält Vorführungswagen für Sie bereit!

PREISE AB WERK - ALLE WAGEN FÜNFFACH BEREIFT:  
4 PS ZWEISITZER RM 1990 4 PS CABRIOLET RM 2500  
4 PS VIERSITZER RM 2350 4 PS LIMOUSINE RM 2700

**EDUARD WINTER A.-G.**  
Berlin-Halensee, Cicerostraße 18  
Fernsprecher: H1 Pfalzburg 20, 44, 7524, 8001  
NW7, Unter den Linden 66  
Fernsprecher: A4 Zentrum 5060  
W15, Kurfürstendamm 207  
Fernsprecher: J1 Bismarck 5014  
Kundendienst Abteilung Schöneberg  
Bismarckstraße 28-32, Fernsprecher: G5 Südring 2742

Böhler-Motor-Kom.-Ges. Tempelhof, Ringbahnstraße 21, G5 Südring 2080 . . . Walter Dallitz, Spandau, Schönewalder Straße 34, C7 Spandau 2667 . . . Opel-Verkaufsgesellschaft Bruno Dietzmann G. m. b. H., Innsbrucker Platz 1, H3 Rheingau 9452-53 . . . Franz Günther, Mariendorf, Marientfelder Straße 124, G5 Südring 987 . . . Hermann Handte, Tollkrug Krs. Teltow, Post Rungsdamm, F3 Grünau 6172  
Arthur J. Reiner, Halensee, Kurfürstendamm 149, H1 Pfalzburg 3419 . . . Schöunchen & Kurth, O27, Schicklerstr. 6, E1 Berolina 1333 . . . Kraftfahrzeug-Handelsges. Oskar

Schmidt m. b. H., Wilmersdorf, Badensche Straße 48, H2 Uhlend 8872 . . . Willi Schultze-Harfort Kraftfahrzeuge, W35, Potsdamer Str. 109, 51 Kurfürst 2258 . . . Georg Schwager, Maschinenfabrik, NW87, Kaiserin-Augusta-Allee 5, C5, Hansa 8306 . . . Herbert G. Treptau, O112, Frankfurter Allee 293, E8 Andreas 276 . . . Wertheim Automobilges. m. b. H., W9, Friedrich-Ebert-Straße 14, A4 Zentrum 8641-55 . . . Erich R. W. Wetzels, Charlottenburg, Bismarckstraße 31, C4 Wilhelm 2104

